

# Sozialistische Politik in Berlin?!

Welchen Spielraum gibt es in Berlin, einer Stadt mit über 60 Milliarden Euro Schulden, linke Politik zu betreiben?

Da Berlin finanziell ruiniert ist, Armut und Arbeitslosigkeit Massenphänomene geworden sind und die Linkspartei.PDS seit den letzten Wahlen 2001 mit der SPD in der Bundeshauptstadt eine Koalitionsregierung bildet, verdichten sich hier wie in einem Brennglas zentrale Fragen von Aufgaben und Möglichkeiten der Linken.

2 Euro

*Eine Broschüre der Berliner*

# SAV

# **Sozialistische Alternative**



## Vorwort

Welchen Spielraum gibt es in Berlin, einer Stadt mit über 60 Milliarden Euro Schulden, linke Politik zu betreiben? Zu dieser Frage auch in der Debatte der WASG zum Programm zur Abgeordnetenhaus-Wahl am 17. September soll diese Broschüre beitragen. Da Berlin finanziell ruiniert ist, Armut und Arbeitslosigkeit Massenphänomene geworden sind und die Linkspartei.PDS seit den letzten Wahlen 2001 mit der SPD in der Bundeshauptstadt eine Koalitionsregierung bildet, verdichten sich hier wie in einem Brennglas zentrale Fragen von Aufgaben und Möglichkeiten der Linken.

Diese Broschüre wurden von Aron Amm geschrieben und von der SAV Berlin diskutiert, überarbeitet und herausgegeben.

SAV Berlin, April 2006

## Inhalt

Berlin unter einer „rot-roten“ Regierung.....	3
Finanzierungs-Möglichkeiten in Berlin?.....	6
Was tun angesichts „leerer Kassen“?.....	7
1. Der Jugend eine Zukunft.....	9
2. Kampf der Arbeitslosigkeit – Kampf um die Gelder vom Bund: .....	10
3. Zukunft für Berlin statt Zinseszins für die Banken.....	12
Rekommunalisierung der Wasserbetriebe? .....	14
Abwanderung und Verlagerung stoppen.....	16
Beispiel Liverpool.....	17
Welche Aufgaben stellen sich heute?.....	18
Sozialismus.....	19
Anhang I: Warum ist Berlin pleite?.....	20
Anhang II: Berliner Bankenskandal.....	20
Anhang III: Privatisierungspolitik.....	21
Was will die SAV?.....	22

**ViSdP und Herausgeber:**  
**Sozialistische Alternative – SAV**  
**Stadtverband Berlin**  
**Littenstr. 106 / 107**  
**10179 Berlin**

**berlin@sav-online.de**  
**www.sozialismus.info/berlin**

# Berlin unter einer „rot-roten“ Regierung

## Die Bilanz des SPD-PDS-Senats

Im Tagesspiegel-Interview vom 30. Oktober 2005 formulierte der im Dezember zum neuen Vorsitzenden der Berliner Linkspartei.PDS gewählte Klaus Lederer die Quintessenz der Position seiner Partei: „**Angesichts von 70 Milliarden Schulden bei einer Stadt, deren Etat nicht mal die Hälfte dessen ausmacht, kann man nicht einfach darüber reden, wie weit man sich neu verschuldet. Wir konsolidieren nicht aus Jux, sondern um wieder handlungsfähig zu werden. Wir müssen die Einnahmen und Ausgaben in Übereinstimmung bringen.**“

Abgesehen davon, dass der gegenwärtige Schuldenstand 60 Milliarden Euro beträgt und nach Schätzungen des Finanzsenators ab dem Jahr 2009 auf 70 Milliarden Euro anwachsen könnte, ist die Aussage von Klaus Lederer sehr aufschlussreich. Offenbart sie doch in wenigen Sätzen, wie weit sich die führenden Politiker der Linkspartei.PDS von denjenigen entfernt haben, für die sie angeblich Partei ergreifen wollen. Statt die Logik der „Sachzwänge“ zu akzeptieren, sich für das bürgerliche Establishment den Kopf zu zerbrechen und die soziale Frage auf dem Altar der „Haushaltskonsolidierung“ zu opfern, müsste sich eine „Partei des Demokratischen Sozialismus“ konsequent auf die Seite der Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen stellen.

Demgegenüber setzen die SenatorInnen der Linkspartei.PDS seit ihrem Amtsantritt vor vier Jahren ähnlich wie die Regierungen anderer Länder und Kommunen finanzpolitische Vorgaben artig um. Sie bleiben auf ihren Posten trotz Kürzung des Blindengelds, schauen zu wie das Sozialticket abgeschafft und erst nach einem Aufschrei der Empörung zu einem um 50 Prozent höheren Preis wieder eingeführt wird, wie die die Kita-Gebühren erhöht werden, die Lernmittelfreiheit gestrichen und die Jugendhilfe amputiert wird.

Im Bund beschlossene Gesetze werden umgesetzt, ohne alle Spielräume auszunutzen, Tritte von oben nicht nach unten weiterzugeben. So waren im Oktober 2005 in Berlin bereits 32.431 in sogenannten Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE) auf niedrigstem Niveau beschäftigt: in der Regel 1,50 Euro pro Arbeitsstunde, rechtlose Arbeitsverhältnisse und Ersetzung regulärer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst durch diese Jobs zu Hungerlöhnen.

Die für Hartz-IV-EmpfängerInnen anfallenden Wohnungskosten werden vom Senat zwar übernommen – aber nur für zwölf Monate. Festgelegt wurde ein Richtwert für einen Ein-Personen-Haushalt von 360 Euro, für einen Zwei-Personen-Haushalt von 444 Euro. Das führt zu Zwangsumzügen, da die Kosten der Miete nicht mehr voll erstattet werden. „Ganz vorsichtig geht Gude [vom Institut „Topos-Stadtforschung“] von ein bis fünf Prozent aus – bezogen auf aktuell 270 000 Hartz IV-Haushalte also zwischen 3.000 bis maximal 15.000 Umzüge. Gude wirft allerdings den Jobcentern vor, nicht alle Daten auf den Tisch zu legen: *‘Genauere Zahlen werden wie Staatsgeheimnisse gehandelt und nur brockenweise veröffentlicht.*“ (Berliner Zeitung, 12. April 2006)

Wenn mit Zwangsumzügen losgelegt wird, dann bedeutet dies außerdem eine Verstärkung des in mehreren Bezirken längst begonnenen Verdrängungsprozesses. Das, was in Mitte und Prenzlauer Berg in den letzten Jahren stattgefunden hat, droht unter Linkspartei.PDS und SPD nun auch zwischen Jannowitz- und Eisenbrücke.

Die Senatoren der Linkspartei.PDS leisten aber sogar „Pionierarbeit“: Ihr „Meisterstück“ war der Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband und der damit verbundene Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes

vor drei Jahren. Zwar wurde ein neuer Tarifvertrag, der Anwendungstarifvertrag, abgeschlossen. Dieser drückte den Beschäftigten allerdings Lohn- und Gehaltskürzungen von acht bis zwölf Prozent auf. Damit fiel der Startschuss für das Ausscheiden der Länder aus den Tarifverträgen.

Damit nicht genug kam es auch noch zu einer Absenkung der Berliner Beamtenbesoldung (Kürzung des Weihnachtsgeldes und Urlaubsgeldes). Möglich wurde das über eine erfolgreiche Berliner Bundesratsinitiative. Im Zuge dessen folgten fast alle Landesregierungen dem Berliner Vorbild und senkten ebenfalls die Bezüge. Der Berliner Tarifbruch setzte eine bundesweite Abwärtsspirale in Gang.

Neben dem Tarifbruch zeichnete sich der „rot-rote“ Senat auch in anderen Fragen für die Unternehmerseite aus. So wurden mit dem Risikoabschirmungsgesetz für die Berliner Bankgesellschaft die Kosten dieser Pleite der Berliner Bevölkerung aufgebürdet. Unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit wurde zudem ein Komplettverkauf der Bankgesellschaft inklusive der Berliner Sparkasse eingefädelt. Damit soll Berlin die erste sparkassenfreie Zone in der Bundesrepublik werden.

Darüber hinaus kann auch keine Rede davon sein, dass die unter der Dieppgen-Regierung losgetretene Privatisierungswelle gestoppt wurde. Neben dem Verkauf von Kitas und städtischen Wohnungen tat sich der Berliner Senat in den vergangenen vier Jahren dadurch hervor, dass er die Weichen für weitere umfangreiche Privatisierungen stellte. SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin machte daraus auch kein Geheimnis, sondern begründete die Kostenreduzierungen bei Vivantes damit, dass – für den Verkauf – „die Braut noch nicht geschmückt“ wäre. Im Tarifkonflikt bei der Charité schaltete sich Thomas Flierl, Linkspartei.PDS-Wissenschaftssenator, mit der Warnung oder besser mit der Drohung ein, dass bei einem Scheitern der Verhandlungen „die bereits heute vernehmbaren Rufe nach einer Privatisierung der Charité sehr viel lauter werden dürften“ (Tagesspiegel vom 29. Oktober). Unter seinem Vorsitz werden über Tausend betriebsbedingter Kündigungen vorbereitet, um ein Drohpotenzial gegenüber ver.di aufzubauen.

In diesem Herbst bescheinigte die In-



initiative Neue Soziale Marktwirtschaft dem Land Berlin ein besonders unternehmerfreundliches Umfeld. Lob kam auch vom „Berliner IHK-Präsident Eric Schweitzer, der dem Senat die besten Noten ausstellte. Berlin sei „auf gutem Wege“, es habe seit 2001 Strukturveränderungen betrieben“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 2005).

Harald Wolf, PDS-Wirtschaftssenator und designierter Spitzenkandidat seiner Partei im bevorstehenden Wahlkampf, geht nach der Devise vor: Wenn es den Konzernen gut geht, wird es irgendwann auch der breiten Masse gut gehen (obwohl Unternehmernessenke für die Streichung von Arbeitsplätzen und nicht für die Schaffung neuer Stellen verwendet werden). Jüngster Fall ist Wolfs Plädoyer bei der Versorgung durch die Berliner Wasserbetriebe (BWB) für einen Mengenrabatt, der Großkunden und damit privaten Konzernen zu gute kommt. Ferner lehnt Wolf es bis heute ab, dass die Bevölkerung Einsicht in die Tarifikalkulation der Wasserbetriebe nehmen darf. Seine Behörde ist es, die diese Dokumente unter Verschluss hält.

Auf dem jüngsten Berliner Parteitag der Linkspartei.PDS wurde die Senatspolitik offensiv verteidigt und eine Neuauflage der SPD-PDS-Régierung nach der Wahl favorisiert.

Schon ein Jahr zuvor bilanzierte Harald Wolf die Regierungspolitik als eine Erfolgsstory: „In der Sache hat die rot-rote Koalition Beachtliches geleistet. Sie hat den zentralen Regierungsauftrag 'Konsolidierung' durchaus konsequent umgesetzt. Sie hat aufgeräumt, bereinigt und – nicht zuletzt – aufgebaut. Sie hatte dabei den Mut und die Kraft, notwendige Konfrontationen einzugehen und vor allem durchzuhalten“ („Plädoyer für die Fortsetzung der rot-roten Koalition über 2006 hinaus“ auf der Jahresklausur der PDS-Fraktion im September 2004).

Lange vor der Linkspartei.PDS haben sich SPD und Grüne auf Lohn- und Sozialraub eingelassen, der angeblich „sozial abgefedert“ und „zeitlich befristet“ sein sollte. Letztendlich haben sie dabei immer wieder nur für die Herrschenden die Kohlen aus dem Feuer geholt. Gregor Gysi formulierte genau diese Zielsetzung bereits vor der Regierungs-

bildung in Berlin und diente sich während des Wahlkampfs dem bürgerlichen Establishment als Gralshüter des „sozialen Friedens“ an: „Statt Luftschlösser zu bauen, müssen wir harte Einschnitte mittragen. Die PDS wäre in einem rot-roten Senat dafür zuständig, dass die Menschen – selbst wenn sie unter Sparmaßnahmen leiden – das Gefühl haben: Zumindest geht's dabei gerecht zu“ (Tagesspiegel vom 17. Juni 2001).

### **Die Senatspolitik von SPD und Linkspartei.PDS führt zu Sozialkahl Schlag**

Am 4. Juli 2003 hieß es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Die Krise der Städte: Schwimmbäder schließen, Wasserbetriebe privatisieren, Personal abbauen.“ Landauf, landab – nicht nur in Berlin – wird dieser Kahl Schlag betrieben. Mit fatalen Folgen. Während die Einnahmen im Zuge von Stellenstreichungen, Lohnraub und Verarmung absinken, türmen sich Schulden-



berge auf und reduzieren sich die kommunalen Investitionen. Damit ist ein Teufelskreis in Gang gesetzt, denn die Ausgabenkürzungen führen zu immer neuen Einnahmeausfällen, die Kürzungspolitik mündet in sozialen Kahl Schlag.

Dass der Berliner Senat keine Misttöne in dieses Kürzungskonzert hineinbringt, wird ihm auch vom Sprachrohr des Kapitals bescheinigt: „Die Koalition von SPD und PDS hat etliches erreicht, was die Große Koalition in den neunziger Jahren nicht einmal anstrebte: Der öffentliche Dienst hat in einen eigenen Berliner Tarifvertrag – mit Lohnsenkungen – eingewilligt. Auch die Angestellten der Verkehrsbetriebe und der städtischen Krankenhäuser verzichten auf Einkommen“, frohlockte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 20. Juli 2005 unter der bezeichnenden Überschrift: „Die

Schulden retten Berlin“ – soll heißen: Die Schulden helfen den Herrschenden, Lohnkürzungen, Arbeitsplatzabbau und Privatisierungen durchzuboxen.

Mit offiziell 18,1 Prozent Erwerbslosigkeit mutierte die Hauptstadt im September zur „Hauptstadt der Arbeitslosen“; Berlin war unter allen Ländern und Stadtstaaten Schlusslicht. JedeR sechste BerlinerIn lebt in bitterer Armut und muss laut Berliner Sozialatlas mit weniger als 600 Euro im Monat über die Runden kommen. 30 Prozent aller Kinder leben auf Sozialhilfeniveau (im bundesweiten Durchschnitt sind es 14,2 Prozent). Hunger und Unterernährung unter Jugendlichen nehmen zu. Protestdemonstrationen gegen diese Entwicklung wurden vom Fraktionschef der Linkspartei.PDS, Stefan Liebich, mit den Worten kommentiert, dass er noch niemand gesehen hätte, der in dieser Stadt wirklich hungern muss.

Im Frühjahr 2005 wurde Strafanzeige gestellt, weil in der Rettungsstelle Neukölln ein 84-jähriger Notfallpatient nach einem Infarkt starb, der drei Stunden auf die nächste Behandlung warten musste. In der Reinickendorfer Hausotter-Grundschule organisieren Eltern Unterricht in einer Kneipe, weil es in großem Stil zu Schulausfall kommt (stadtweit fällt im Schnitt jede zehnte Stunde aus). Diese beiden Beispiele zeigen zum einen auf, dass der „Konsolidierungskurs“ lebensbedrohlich ist, und zum anderen, dass schon den Kindern und Jugendlichen die Zukunft verbaut wird.

Das Primat der „Haushaltskonsolidierung“ hat nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökonomische Abwärtsspirale losgetreten. Bereits vor der Regierungsübernahme durch SPD-Bürgermeister Wowereit und PDS-Regierungsvize Wolf attestierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die auf die „Konsolidierung“ zurückzuführenden Wachstumseinbußen auf jährlich in etwa 1,5 Prozent des Berliner Bruttoinlandsproduktes. Abgesehen von den Ausnahmen der Jahre 2000 und 2004 hat Berlin seit Beginn des „Konsolidierungskurses“ 1996 ein Schrumpfen der Wirtschaft zu verzeichnen. Gerade die Kürzungen im Investitionsbereich (eine Halbierung seit Mitte der neunziger Jahre) führen zu einer Verstärkung dieses Prozesses. Der Anteil Berlins am bundesweiten Bruttoinlandsprodukt ging

in den letzten zehn Jahren von 4,2 auf 3,6 Prozent zurück.

Die Wowereits und Wolfs setzen ihre Hoffnungen in eine zukünftig boomende Dienstleistungsmetropole. Aber eine Deindustrialisierung diesen Ausmaßes entzieht auch dem Dienstleistungssektor den Boden. Sergej Gorianoff hat für den DGB Berlin-Brandenburg ein Gutachten erstellt, das im März 2005 unter dem Titel „Berliner Wirtschaft im Abseits: Ohne Industrie keine Dienstleistung“ veröffentlicht wurde. Darin charakterisiert Gorianoff diesen Vorgang als einen Schrumpfungsprozess *„innerhalb dessen sich zwar einige wertschöpfungsstarke Elemente herausbilden, die aber insgesamt zu schwach sind, um die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Berliner Regionalwirtschaft sicherzustellen.“*

Die Führungsriege der Berliner Linkspartei.PDS hält diesem Szenario entgegen: Gemach, gemach, noch ein paar Jahre Fortsetzung des Konsolidierungskurses, dann ist die Talsohle durchschritten. So legitimieren Kerstin Kaiser, Wulf Gallert und Stefan Liebich in ihrem Diskussionspapier zum Bundesparteitag im Dezember 2005 „Linkspartei: Gewählt, um zu verändern“ ihre Senatspolitik folgendermaßen: *„Erstmals seit vielen Jahren wird es 2007 kein Primärdefizit des Landeshaushalts mehr geben. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, dass die Haushaltsnotlage anerkannt wird und Bund und Länder helfen können, die Schulden der Großen Koalition abzubauen und damit Spielräume für soziale Politik zu schaffen, statt die Steuern der Berliner den Banken zu überweisen.“*

Doch selbst wenn die vom Senat auf Grund der Verschuldung in Karlsruhe eingereichte Normenkontrollklage zu hundert Prozent erfolgreich sein sollte und Berlin 35 Milliarden Euro Schuldentilgungsbeihilfe erhalten würde, wäre eine Fortsetzung der Talfahrt sicher. Die Zinsbelastung würde natürlich zurückgehen, aber weiterhin mehr als eine Milliarde Euro jährlich betragen. Dazu kommt, dass die Bundeszuschüsse für Berlin aus dem Solidarpakt II von momentan in etwa zwei Milliarden Euro bis 2020 auf Null absinken. Zudem sieht der Koalitionsvertrag von CDU / CSU und SPD im Bund eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen als zweiter Stufe der Föderalismusreform vor. Das zielt auf einen „Wettbewerbsföderalismus“ nach US-amerikanischen

Vorbild ab. Damit wird die Konkurrenz unter den Bundesländern zunehmen, „schwächere“ Länder werden tendenziell noch deutlicher abgehängt als zuvor.

Nicht berücksichtigt bei alledem sind die Folgen der Kahlschlags- und Privatisierungspolitik der vergangenen Jahre, durch die mittel- und längerfristig die Einnahmen sinken und die Ausgaben steigen. Außerdem ist es eine Frage der Zeit, dass die kapitalistische Weltwirtschaft (auf Grund von gewaltigen Überkapazitäten und Schuldenbergen) in eine neue, möglicherweise tiefe Rezession mündet – mit verheerenden Auswirkungen für die Ökonomie in der Bundesrepublik und in Berlin.

---

### **Prinzipielle Ablehnung von Sozialkürzungen**

---

„Kleinere Übel“, um „größere Übel“ zu verhindern, sind trotz alledem – Übel. Für Beschäftigte, denen zum Beispiel die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld abverlangt wird – um „Beschäftigung zu sichern“ und den „Haushalt zu entlasten“ – führt das zum Verzicht auf den Jahresurlaub, zu Engpässen bei der Finanzierung von Schule oder Studium der Kinder oder zur Verschuldung der Familie.

Klaus Lederer und Stefan Liebich von der Linkspartei.PDS mögen einwenden, dass die Linke nie auf Maximalforderungen beharren kann und zu Kompromissen gezwungen ist. Darum die Lohnkürzungen bei Vivantes, BVG oder Charité... Natürlich sind streikende KollegInnen immer wieder gezwungen, nach langem Kampf einen Teil ihrer Forderungen zurückzustellen. Aber der entscheidende Unterschied zwischen diesen KollegInnen und der Regierungspraxis der Linkspartei.PDS besteht darin, dass der Kompromiss in einem Arbeitskampf nach einer realen Kraftprobe erfolgt. Demgegenüber versucht die L.PDS-Spitze in keiner Weise, Betroffene für ihre Interessen zu mobilisieren, sondern agiert im vorausseilenden Gehorsam. *„Wir sagen deutlich: Schmerzhaftes Einschnitte werden unvermeidlich sein, vieles wird sich ändern“* (PDS-Wahlprogramm 2001). Mehr noch: *„Wir haben zu oft auf mildernde Umstände plädiert, statt uns zum Vorsatz zu bekennen“* (Harald

Wolf auf der Jahresklausur der PDS-Fraktion Berlin im September 2004).

Berlin ist bankrott. Berlins industrielle Basis wurde weitgehend plattgemacht. Trotz alledem: Bundesweit und international sind Produktionsmöglichkeiten, Produktivität und der Stand von Wissenschaft und Technik heute auf einmaligen Niveau. Nie zuvor wurde soviel Reichtum angehäuft wie zu Beginn diesen Jahrhunderts.

Die Weltwirtschaft beträgt heute das 17-fache dessen, was im Jahr 1900 erwirtschaftet wurde. Das Sozialprodukt der Bundesrepublik übertrifft das Sozialprodukt des Jahres 1960 um mehr als 200 Prozent. Die Arbeitsproduktivität konnte in der Bundesrepublik von 1991 bis 2003 um 24 Prozent erhöht werden.

Auf dieser Basis dürfen Linke nicht primär fragen: „Was ist möglich?“ Gefragt werden sollte vielmehr: „Was ist nötig? Was brauchen wir?“ Um dann anzuschließen: „Wie können wir die berechtigten Forderungen durchsetzen?“

Was sich ein Staat, was sich die Länder und Kommunen „leisten“ können, welche Ausgaben getätigt werden können, das wird letztendlich davon bestimmt, was die Arbeiterklasse produzieren kann – nicht davon, was die Kapitalisten bereit sind locker zu machen. Aufgetürmt haben sich die Schuldenberge, da die Unternehmer – im kapitalistischen Niedergang – bemüht sind, mehr aus weniger lohnabhängig Beschäftigten herauszupressen und mehr Lohnabhängige auf die Straße zu setzen. Ein größerer Teil – des von der Arbeiterklasse erzeugten – Profits wird einbehalten, um tendenziell weniger in neue Produktionsanlagen zu investieren und stärker verschuldete Regierungen zu beleihen. Der Kredit dient zur kurzfristigen Überbrückung der staatlichen Einnahmeprobleme – mit langfristig fatalen Folgen; schließlich dreht sich die Spirale aus Schulden, Krediten und Zinsen immer schneller. Es kommt zu einer Zunahme von „fiktiven Kapital“, wie Karl Marx es nannte, und zu einer Erosion der industriellen Basis.

Für die Linke dürfen nicht die „Sachzwänge“ Ausgangspunkt ihrer Politik sein, sondern ein Verständnis davon, dass die Kapitalisten und ihr System verantwortlich sind für den Ruin der Wirtschaft, die Verschuldung privater und öffentlicher Haushalte und für die Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme.

# Finanzierungs-Möglichkeiten in Berlin?

## Steuern rauf für die Banken, Konzerne und Superreiche

Einen Großteil der Steuereinnahmen Berlins macht die Gewerbesteuer aus. Eine weitere Steuereinnahme, über die Berlin direkt verfügen kann, ist die Grundsteuer (auf land- und forstwirtschaftlich benutzte Betriebsgrundstücke sowie für Grundbesitzer). 2004 betrug die Einnahmen aus der Grundsteuer 582 Millionen Euro, aus der Gewerbesteuer 746 Millionen Euro. Eine Erhöhung der Grundsteuer droht direkt auf MieterInnen weitergegeben zu werden. Änderungen an ihr müssten mit einem Gesamtpaket zur Senkung der Mieten, dem Kampf gegen Wohnungsspekulation und so weiter verbunden werden. Damit konzentriert sich die Frage einer anderen Steuerpolitik auf die Gewerbesteuer.

Welche Einnahmesteigerungen sind auf diesem Wege möglich?

Nimmt man die 20 bevölkerungsreichsten Städte der Bundesrepublik, so ist Berlin Schlusslicht bei der Belastung der Unternehmer (die höchsten Sätze werden in Frankfurt am Main und in München mit 490 Prozent erhoben, darauf folgen Hamburg, Essen und Duisburg mit je 470 Prozent). Der Berliner Hebesatz (also die Höhe der Abgabe) für die Gewerbesteuer beträgt 410 Prozent. Seit 1999 wurde die Gewerbesteuer trotz gesteigerter Profite der meisten Großkonzerne nicht heraufgesetzt (Tagesspiegel vom 2. September 2005).

Besteuerungsgrundlage ist der Gewerbeertrag. In Berlin wie in Hamburg entfällt gegenüber den Kommunen der Landesanteil, da beide Stadtstaaten Land und Stadt in einem sind. Von 100 Euro, die ein Kapitaleigner aufzubringen hat, erhält der Bund direkt in etwa 4,50 Euro Gewerbesteuerumlage und Berlin circa 95,50 Euro. Vom Berliner Anteil fließen im Anschluss daran 64 Prozent in den Länderfinanzausgleich. 36 Prozent bleiben unbesteuert im Landeshaushalt. Für das Jahr 2005 wird in der Bundeshauptstadt mit Einnahmen von 764 Millionen Euro gerechnet.

Würde Berlin den Gewerbesteuersatz

nur auf das Potsdamer Niveau von 450 Prozent anheben, dann hätte das Land im Jahr 70 Millionen Euro mehr in der Kasse. Das ist nicht die Welt, bedenkt man den 60-Milliarden-Euro-Schuldenberg. Dennoch ist es viel Geld zum Beispiel für die Jugendlichen, die im Oktober 05 unter dem Motto „Euer Sparwahn geht über Leichen, kürzt endlich bei den Reichen“ gegen die Schließung von Einrichtungen der Jugendhilfe demonstriert haben. Das ist das Doppelte dessen, was im Haushalt 2006 / 2007 von SPD und Linkspartei.PDS bei der Jugendhilfe gekürzt wurde (33 Millionen Euro sind zehn Prozent vom Gesamtetat der Jugendhilfe – nachdem durch den „rot-roten“

chen mit 2003 auf 3,4 Milliarden Euro steigern – während er im gleichen Zeitraum 6.000 Arbeitsplätze abbaute.

Siemens gehört auch zu den Spitzenreitern bei der Vergütung von Vorstandsmitgliedern: Im Jahr 2004 kassierte ein Mitglied des Siemens-Vorstandes durchschnittlich 2,1 Millionen Euro, die vierthöchste Vergütung aller deutschen Unternehmen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. September).

Angesichts der Werte von Konzernen wie Siemens, (die von den Beschäftigten geschaffen wurden), ist eine drastische Erhöhung der Gewerbesteuer geboten. Aber selbst wenn hier das Maximum herausgeholt würde, wäre nicht mehr als

eine Einnahmesteigerung in der Höhe eines dreistelligen Millionenbetrags erreichbar.

Auch wenn andere Spielräume wie ein Stopp von Prestigeprojekten für das Kapital und eine Abkehr der Subventionierung von Großunternehmen konsequent ausgeschöpft würden, ließen sich nur einige hundert Millionen Euro locker machen. Um die Lohn- und Sozialkürzungen der letzten Jahre umzukehren und die Massenarbeitslosigkeit wirk-

sam zu bekämpfen, sind aber Milliardenbeträge erforderlich.

Auf Grund der dramatischen Krisenlage von Hunderttausenden in Berlin reichen die genannten Maßnahmen bei weitem nicht aus (konfrontiert mit riesengroßen Problemen wären das nur kleine Schritte, auch wenn sie sich in die richtige Richtung bewegen würden).

Doch Geld ist genug da. Die Umverteilung der letzten Jahre von unten nach oben war gewaltig. Es muss also darum gehen, in ganz anderem Ausmaß an die Profite der Banken und Konzerne sowie die Vermögen der Reichen heranzukommen, um überhaupt Spielraum für eine Politik im Interesse der Masse der Bevölkerung zu bekommen. Dazu kann auch von Berlin aus der Kampf um mehr Gelder vom Bund und für eine grundlegende Umverteilung von oben nach unten begonnen werden.



Senat schon 40 Prozent gestrichen wurden; seit 2002 wurden die Hilfen zur Erziehung um 128 Millionen Euro gekürzt).

Obleich viele Betriebe ihre Berliner Werke mittlerweile verlagert haben, sind doch Konzerne ansässig, die beträchtliche Umsatzerlöse erzielen konnten (die Unternehmen im Land Berlin machten in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich hohe Gewinne).

Siemens ist mit 14.600 Beschäftigten nach der Deutschen Bahn AG und der Charité der drittgrößte Arbeitgeber Berlins. Neben München hat dieser Großkonzern mit bundesweit 164.000 Beschäftigten seinen zweiten Hauptsitz in Berlin. Dieser Konzern, der gewaltigen Einfluss im Berliner Raum (und darüber hinaus) hat, konnte seine Gewinne 2004 um 38,8 Prozent vergli-

# Was tun angesichts „leerer Kassen“?

## Wie SozialistInnen an der Regierung handeln würden

Kann das Ruder in einer Stadt wie Berlin herumgerissen werden? Ein Defizit von 60 Milliarden Euro hängt Berlin wie ein Mühlstein um den Hals. In einem Stadtstaat wie Berlin sind die Einnahmefähigkeiten über Steuerquellen begrenzt. Schließlich ist die Steuerpolitik größtenteils Sache des Bundes. Das heutige System des Länderfinanzausgleichs (eine Finanzausgleichsregelung zwischen den Ländern) schränkt Einnahmesteigerungen (beispielsweise durch das Eintreiben von Steuerrückständen) zusätzlich ein.

Die WASG formuliert in ihrem Gründungsprogramm: „An einer Regierung in Land oder Bund werden wir uns nur dann beteiligen, wenn dies zu einem grundlegenden Politikwechsel in Richtung unserer Forderungen führt.“ Im Vorfeld der Wahl für das Abgeordnetenhaus 2006 ist ein Koalitionspartner für einen „grundlegenden Politikwechsel“ nicht in Sicht. Falls die Linkspartei.PDS in Berlin nicht noch einen grundlegenden Kurswechsel vollzieht, kann die Aufgabe für die WASG Berlin nicht in einer gemeinsamen Kandidatur, sondern nur in einer eigenständigen Kandidatur gegen den neoliberalen Kurs aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien gesehen werden. Ziel dieser Kandidatur sollte die Stärkung des Widerstandes sein.

Bei der anstehenden Abgeordnetenhauswahl wäre es für die WASG bei einer möglichen Kandidatur als WASG – offene Liste unter Beteiligung langjähriger Berliner AktivistInnen gegen Sozialabbau schon ein Erfolg, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Selbst das Scheitern eines Einzugs ins Parlament könnte in dem Fall trotzdem positiv verbucht werden, wenn es über den Wahlkampf gelingen sollte, Alternativen zur „Sachzwanglogik“ verbreiten zu können, sich substantiell weiter zu verankern und Protesten gegen den Senat politisch und praktisch Rückhalt zu geben.

Die SAV vertritt allerdings nicht die Ansicht, dass für die Linke generell keine Regierungspolitik in Frage kommt. Alle Möglichkeiten, die Belange der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung zu verbessern, gilt es zu nutzen. Es ist keine Frage, dass im Parlament nur erreicht werden kann, was auf der Straße und im Betrieb erkämpft wurde – und dass kein Reformgesetz unter kapitalistischen Verhältnissen von Dauer ist, erst recht nicht in kapitalistischen Krisenzeiten. Entscheidend ist, dass man sich

im Parlament oder gar in der Regierung (vorausgesetzt, man hat eine eigene Mehrheit oder ist Teil einer Koalitionsregierung, die sich prinzipiell gegen Lohn- und Sozialraub richtet) nicht von der außerparlamentarischen Bewegung abnabelt.

Die „leeren Kassen“ sind nicht einfach leer, sondern geleert und geplündert worden. Diese Politik kann hinterfragt, angegriffen und geändert werden – wenn man den Schulterschluss mit ArbeiterInnen, Erwerbslosen und Jugendlichen sucht und gemeinsam für eine fundamental andere Politik den Kampf aufnimmt. Daher stellt sich zunächst die Frage: Wie kann der Widerstand gesteigert, soziale Bewegungen aufgebaut und ein politische Alternative angeboten werden?

Danach (im übernächsten Abschnitt) stellt sich die Frage: Wie sollte eine WASG in Berlin agieren, wenn sie die Regierung bilden könnte? Was sollte die WASG im Wahlkampf als ihre Alternative zum Senatskurs präsentieren? So hypothetisch diese Überlegung ist, so bedeutsam ist die Auseinandersetzung damit, gilt es doch die einst von Margaret Thatcher formulierte TINA-Blockade („There Is No Alternative“) politisch zu durchbrechen.

---

### **Für den Wiederaufbau starker Gewerkschaften und die Neuformierung der Linken auf anti-neoliberaler Grundlage**

---

Die Unternehmer haben es über die letzten Jahre geschafft, mit Arbeitszeitverlängerungen, Lohnraub und Entlassungen in die Offensive zu gehen. Ihre Politiker in den etablierten Parteien flankieren das mit Sozialabbau und Privatisierungen. Neoliberale Glaubensbekenntnisse werden nachgebetet. Gewerkschaften und soziale Bewegungen sind geschwächt. Eine Massenpartei, die sich konsequent auf die Seite der Beschäftigten und Erwerbslosen stellt, gibt es nicht mehr.

Mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten 89 / 90 brach für viele, die sich an diesen Regimen orientierten, die gesellschaftliche Alternative zusammen. Die Sozialdemokratie rückte noch weiter nach rechts; die traditionellen, engen Verbindungen zu den Gewerkschaften zerbröckelten. Die Gewerkschaftsführungen sind immer noch mit ihr ver-

bunden, aber eher wie die US-amerikanischen Gewerkschaftsspitzen mit der Demokratischen Partei. Sie übernahmen selbst neoliberale Ansichten zum Beispiel von der angeblichen Überlegenheit des Wettbewerbs gegenüber bislang öffentlicher Bereiche, garniert mit der Forderung nach „fairer“ Konkurrenz. Zu kapitalistischer Ausbeutung gab es scheinbar keine Alternative mehr.

Doch der Kapitalismus hatte nicht gesiegt. Er war einfach nur nach dem Zusammenbruch der Diktaturen der abgehobenen Bürokratien im ehemaligen Ost-Block übrig geblieben. Und er zeigte – von dieser Systemkonkurrenz scheinbar befreit – angesichts wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten sein wahres Gesicht: Krieg, Besatzung und Unterdrückung weltweit. Mittels Agenda 2010 und Unternehmer-Offensive zur Rücknahme der Errungenschaften der Arbeiterbewegung in neuer, scharfer Form im führenden imperialistischen Deutschland.

Das brachte mit der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und betrieblichen und gewerkschaftlichen Verteidigungskämpfen einen neuen Beginn von Widerstandsbewegungen. Nicht einheitlich, oft mit unklaren Positionen, aber mit zunehmend anti-kapitalistischen Elementen. Dieser Prozess steht noch relativ am Anfang. Er bietet aber die Grundlage, optimistisch in die Zukunft zu blicken: Hier entsteht eine neue Schicht von AktivistInnen, die sich der kapitalistischen Misere entgegen stellt.

Die wichtigste und stärkste Organisationsform sozialer Bewegungen sind nach wie vor die Gewerkschaften. AktivistInnen stoßen dort immer wieder mit einer Führung zusammen, die ihre Interessen als Spitzen-Gehalts-Funktionäre im Rahmen der existierenden Verhältnisse gewahrt sieht und die die Logik kapitalistischer Profitmaximierung selbst verinnerlicht hat: So akzeptieren die DGB-Spitzen die Standortlogik, Verzicht zugunsten vermeintlicher Arbeitsplatzsicherung, Co-Management statt konsequenter Verteidigung der Interessen der Mitglieder. Opposition in den Gewerkschaften, eine inhaltliche und personelle Alternative ist dringend nötig.

Mit den Streiks im öffentlichen Dienst oder gegen Arbeitsplatzvernichtung bei AEG, CNH / O&K und anderswo tut sich aber auch auf diesen Feldern wieder einiges: Der Kampf wird aufgenommen.

Auf politischer Ebene bildete sich mit



den Wellen von Widerstand gegen die Agenda 2010 die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit heraus. Mit ihr entstand ein Ansatz, auch politisch eine neue Kraft zu formieren, die sich ohne Abstriche als Interessensvertretung der Arbeiterklasse, sprich der ArbeitnehmerInnen, Erwerbslosen und ihrer Familien, begreift. Die politischen Vorstellungen in ihr waren und sind vielfältig – aber darin lag und liegt die Chance: Gemeinsam gegen Lohnraub und Sozialabbau zu streiten, gemeinsam Erfahrungen zu machen und auszuwerten, die unterschiedlichen Ideen ohne Rücksicht auf die Unternehmer, ihre neoliberale Ideologie und „Sachzwänge“ zu debattieren.

Mit dem Ausstieg von Oskar Lafontaine aus der SPD und seinem Einstieg in die WASG erhielt dieser Prozess eine noch größere Bekanntheit; wengleich er den neuen Aufbruch auf die alte PDS orientierte. Die WASG entstand aus der Erkenntnis, dass keine der etablierten Parteien – zuvorderst die SPD aber eben auch nicht die PDS – irgendwie brauchbar waren, um die Interessen der Masse der Bevölkerung zu verteidigen.

Die PDS war nie im Westen angekommen. Neben anti-kommunistischer Hetze (zum Beispiel die „Rote Socken“-Kampagnen) gab und gibt es berechtigtes Misstrauen gegen sie aufgrund ihrer stalinistischen Vergangenheit gepaart mit neuer Skepsis aufgrund ihrer Beteiligung in Ländern und Kommunen an Sozialabbau, Tariffucht und Privatisierungen.

Die PDS ist dabei natürlich kein einheitlicher, gleichgeschalteter Block. Vor allem in West-Deutschland finden sich hier linke AktivistInnen, die trotz viel Kritik keine bessere Möglichkeit sahen, aktiv zu werden. Die Kontrolle über den Apparat der PDS ist allerdings zentralisiert, linke KritikerInnen wurden raus oder an den Rand gedrängt. In Ost-Deutschland ist ein hoher Anteil der aktiven Mitgliedschaft gleichzeitig Funktions- und Mandatsträger; eine Orientierung auf Mittelstandsförderung und eine

veralternde, eher passive Mitgliedschaft.

Einen nochmals besonderen Fall stellt dabei die PDS in Berlin dar. Selbst in Mecklenburg-Vorpommern, dem aktuell zweiten Bundesland mit Regierungsbeteiligung, regt sich innerhalb der PDS noch Kritik gegen die Kürzungspolitik, wenn auch verhalten und ohne Konsequenzen. In Berlin – nicht einmal das. Die „boy group“ um Klaus Lederer, Stefan Liebich und Co hat den Laden im Griff und hält ihn fest auf Haushaltskonsolidierungskurs. „Fortsetzung folgt ...“ lautet die Hochglanz-Bilanz der L.PDS-Fraktion im April 06 auf 80 Seiten.

Ohne externe Erschütterung der Führung der L.PDS in Berlin gibt es keine Chance auf eine Kurskorrektur – einen Schock, den ihr die WählerInnen am 17. September besorgen werden, glaubt man den Wahlumfragen, bei denen die L.PDS aktuell bei 13 Prozent liegt (2001: 22,9 Prozent). Nur die Kandidatur der WASG kann aber sicher stellen, dass das auch in einem linken Stimmresultat sichtbar wird und eine Erneuerung linker Politik eingeleitet und angeboten wird.

Aber auch Oskar Lafontaine selbst hat eine „Doppel-Rolle“: Einerseits hilft seine Kapitalismus-Kritik und die Forderung nach linken „Haltelinien“ (keinerlei Privatisierungen, kein Stellenabbau) zur Klärung inhaltlicher Mindestanforderungen im Neuformierungsprozess. Seine Bekanntheit und sein Eintreten für solche Positionen verhilft der Linken zu neuem Schwung und neuer Verankerung. Andererseits hat Lafontaine keine Probleme damit, in Berlin zum Beispiel den Absenkungstarifvertrag des SPD-PDS-Senats zu verteidigen (Arbeitszeitverkürzung mit acht bis zwölf Prozent Lohnverlust, Ausstieg aus dem kommunalen Arbeitgeberverband). Diejenigen, die seine Haltelinien auch in der praktischen Politik in Berlin einfordern, ge-

raten ins Visier seiner Attacken zugunsten der L.PDS.

Seit Mitte der 1990er Jahre argumentiert die SAV für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei. Der Neuformierungsprozess der Linken bietet heute die beste Chance dazu. Soll eine neue Partei aber nicht den Weg der Anpassung von SPD, Grünen und alter PDS gehen, dann muss sie Schlussfolgerungen aus deren Scheitern ziehen:

1. Nötig ist eine Debatte um Alternativen zur kapitalistische Sachzwanglogik. Die SAV tritt dabei für sozialistische Ideen ein: eine Gesellschaft, in der demokratisch entschieden wird, wie der Reichtum der Banken und Konzerne genutzt wird, ist in der Lage, die sozialen Probleme in Einklang mit der Natur zu lösen. Die WASG ist als Sammlungsbewegung aller Linker gestartet. Sozialistische Ideen können keine Vorbedingung sein, ob jemand seinen Platz in der WASG und im Neuformierungsprozess findet. Aber ohne eine Vorstellung, wie Konkurrenz und Sozialdumping beseitigt werden kann, droht eine Anpassung an die herrschenden Verhältnisse.
2. Diese und andere Debatten können nur erfolgreich und gewinnbringend verlaufen, wenn in der Parteineubildung auch ein radikales Mehr an Demokratie herrscht als in den etablierten Parteien. Mit dem Kommandoton zum Beispiel eines Bodo Ramelow, der Ausschlüsse und eine Neugründung des Berliner Landesverbands der WASG (!) fordert, ist keine solche Sammlung der Linken möglich.
3. Die Orientierung im Neuformierungsprozess kann nicht darauf beschränkt bleiben, die WASG der L.PDS anzuschließen. Es geht darum, Hunderttausende zu erreichen, die von der herrschenden Politik abgestoßen sind. Dazu muss sichtbar werden: Die neue entstehende Partei ist anders als die bereits existierenden. Sie muss ihren Nutzen in der Unterstützung außerparlamentarische Auseinandersetzungen, bei Protesten, Demonstrationen und Streiks beweisen.

In diesem Prozess können MarxistInnen eine wichtige Rolle spielen und ihre Vorstellungen entwickeln, einbringen sowie deren Praxistauglichkeit darstellen.

Die kapitalistische Misere hat der Masse der Bevölkerung in den nächsten Jahren nichts zu bieten außer Kürzungen, Angriffe auf Löhne und Arbeitszeiten sowie Massenerwerbslosigkeit und steigende Armut. Das zwingt sie in Widerstand und Protest.

Darauf aufbauend stehen neue, große-

re Protestwellen – ähnlich der Entwicklungen in Frankreich oder in fortgeschrittenem Maß in Latein-Amerika – bevor.

Gelingt es uns heute, dafür glaubwürdige und konsequente Angebote aufzubauen, können die kommenden Kämpfe das Kräfteverhältnis nicht nur kurzfristig verändern. Mittels einer neuen Partei und kämpferischen Strukturen oppositioneller GewerkschafterInnen können Angriffe von Regierung und Kapital zurück geschlagen werden, der Kampf zum Beispiel gegen die Massenarbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich endlich aufgenommen werden. Damit entsteht die Perspektive, die Herrschaft der Profite herauszufordern – und abzuschaffen.

Mit einer solchen Vorstellung können neue AktivistInnen einen langen Atem entwickeln. Den werden wir brauchen. Mit einer derartigen Perspektive kann aber auch einem Einknicken, einer Politik der „kleineren Übel“ hier und heute eine grundlegende Absage erteilt werden.

---

### **Wie sollte sich eine echte Linksbewegung verhalten?**

---

Wie oben geschrieben: Heute erscheint diese Überlegung angesichts fehlender Mehrheiten und fehlender Koalitionspartner für eine konsequent linke Politik hypothetisch. Die Plätze von SozialistInnen und anderen linken AktivistInnen auf der parlamentarischen Ebene

finden sich auf den Oppositionsbänken. Auch dort ist einiges möglich: Eine Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen, eine Anklage der Politik für Banken und Konzerne, der Kampf um Aufklärung über die kapitalistischen Verhältnisse – all das ist enorm wertvoll und steht in der nächsten Zeit an. Der Widerstand zum Beispiel gegen Privatisierungen und Ausverkauf kann dadurch enorm gestärkt werden. An sozialen Bewegungen, an Protesten, Demonstrationen und Streiks müssen die Herrschenden erst einmal vorbei kommen, um ihre Politik durchzusetzen.

Doch schon heute können wir deutlich machen, was unsere Alternativen sind zur Politik des Sozialabbaus, der Tariffucht und der Privatisierungen – konkret hier in Berlin.

### **Eine solche Regierung könnte folgende ersten Schritte einleiten:**

1. Der Jugend eine Zukunft: Bildungspolitik statt Geschenke an die Reichen und Konzerne: Einstellung von 1.000 neuen LehrerInnen, kostenlose Bildung für alle in Kita, Schule und Uni. Erhöhung der Gewerbesteuer, Stop von Prestigeprojekten

2. Kampf der Arbeitslosigkeit – Kampf um die Gelder vom Bund: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Tariflöhne statt Absenkungstarifvertrag und Ein-Euro-Jobs. Für eine finanzielle Ausstattung der Kommunen, die es ihnen ermöglicht, ihren

Aufgaben und ihrer Selbstverwaltung gerecht zu werden: Als erstem Schritt sind 80 Milliarden jährlich bundesweit für Kommunen und Länder und damit 5 Milliarden Euro für Berlin vom Bund nötig, um die Lücken zu stopfen und Handlungsfähigkeit herzustellen

3. Zukunft für Berlin statt Zinseszins für die Banken: Die Verschuldung der Kommunen wurde durch das Ausbluten der Städte und Gemeinden durch den Bund hervorgerufen. Der Bund verteilte Geschenke an die Reichen und Konzerne – die Kommunen mussten bluten. Daher muss der Bund für die Folgen gerade stehen.

Daneben müsste es darum gehen, die Formen von Selbstbestimmung von Beschäftigten, NutzerInnen öffentlicher Angebote, der Menschen in den Kiezen, Bezirken und stadtwelt auszubauen. In öffentlichen Unternehmen könnten statt der bisherigen Aufsichtsräte Versammlungen von Vertretern der Beschäftigten, der NutzerInnen, des Abgeordnetenhauses und der Gewerkschaften kontrollieren und entscheiden. An den Universitäten könnten die Mitbestimmungsrechte der Studierenden radikal gestärkt werden. Stadtteilversammlungen müssten mit realen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden und Aufgaben übertragen bekommen, um eine Selbstverwaltung und -organisation vor Ort zu ermöglichen.

Im Einzelnen:

## **1. Der Jugend eine Zukunft**

### ***Bildungspolitik statt Geschenke an die Reichen und Konzerne: Einstellung von 1.000 neuen LehrerInnen, kostenlose Bildung für alle in Kita, Schule und Uni. Erhöhung der Gewerbesteuer, Stop von Prestigeprojekten***

Alle bisherigen Regierungsvertreter haben daran mitgewirkt, der Jugend die Zukunft zu verbauen. Damit muss Schluss sein, von nun an muss alles darauf verwendet werden, Kindern und Jugendlichen wieder eine Perspektive zu geben.

Auf der ersten Sitzung könnte – nachdem VertreterInnen aus Kitas, Schulen, Lehrwerkstätten und Universitäten zu Wort kommen konnten – nicht nur geredet, sondern gehandelt werden. Beschlossen werden sollte hierzu kostenlose Bildung für alle: die Abschaffung der Kitagebühren, Lernmittelfreiheit für SchülerInnen und ein prinzipieller Aus-

schluss von direkten oder indirekten Studiengebühren. Daneben geht es um die Erhöhung des Jugendhilfeeats, die Schaffung neuer Lehrerstellen, den Ausbau von Ausbildungsplätzen im öffentlichen Dienst sowie die Rücknahme der beschlossenen Kürzungen in Höhe von 78 Millionen Euro jährlich bei den Universitäten.

Bildungssenator Böger hat die Neueinstellung von 1.000 LehrerInnen lange versprochen, aber nicht umgesetzt (heute sind 23.000 LehrerInnen im Amt plus 1.600 Kräfte in Reserve, von denen aber die Hälfte wegen Krankheit für lange Zeit ausfällt). Das

würde Kosten von 50 Millionen Euro mit sich bringen. Würde die Berliner Gewerbesteuer auf Potsdamer Niveau aufgestockt werden, der Hebesatz also von 410 auf 450 Prozent erhöht werden, könnten mehr als 1.000 Lehrerstellen durch die 70 Millionen Euro des Landes Berlin finanziert werden.

Die Selbstbestimmung der Kommunen über diesen Hebesatz ist reine Augenschere: Gerade die armen Kommunen, die weniger Gewerbesteuererhalten, müssten die Gewerbesteuer erhöhen. Das hat dann zur Folge, dass die Konzerne und Unternehmer mit



Abwanderung drohen. Nötig ist eine bundesweite Kampagne für eine Vereinheitlichung und Erhöhung der Gewerbesteuer, um zumindest den kommunalen Spielraum zur Besteuerung der Profite auszunutzen. Der bundesweite Spitzensatz liegt bei 490 Prozent in München und Frankfurt am Main.

SozialistInnen in Berlin und anderen Städten müssten neben der sofortigen

Erhöhung der Gewerbesteuer auf diesen Satz von 490 Prozent eine bundesweite Kampagne starten für eine Erhöhung und Vereinheitlichung der Gewerbesteuer über diesen Satz hinaus: Gegen das Ausbluten der Kommunen – ran an die Gewinne der Banken und Konzerne.

Damit entsteht unmittelbar der Spielraum, um 1.000 LehrerInnen einzustellen. Und das ist dringend nötig: JedeR zweite GrundschülerIn hat erhebliche Sprachprobleme, jede zehnte Unterrichtsstunde fällt heute aus, SchülerInnen werden mehr verwahrt als betreut und gefördert.

**Jugendeinrichtungen statt Stadtschloss** – das sollte eine weitere Parole eines Senates sein, das im Interesse der Jugend handelt. Linkspartei.PDS und SPD haben den Jugendhilfeeat im Doppelhaushalt 2006 / 07 um 33 Millionen Euro gekürzt. Gleichzeitig wird laut darüber nachgedacht, ob für den Neubau des Stadtschlusses 300 Millionen Euro durch das Land Berlin zugesprochen werden sollen (Gesamtkosten geschätzte 1,2 Milliarden Euro). Das ist beinahe das Zehnfache dessen, was bei den Einrichtungen für Jugendliche in Not jetzt wegfällt.

Die Gesamtkosten für den Großflughafen Berlin-Brandenburg International wurden in den letzten Jahren auf drei Milliarden Euro geschätzt. Allein die reinen Baukosten für den Mega-Airport

sollen 1,7 Milliarden Euro betragen. Ein Großteil dieser Kosten soll durch die Gewinne des Flughafens Tegel aufgebracht werden. Auch diese Gelder fehlen im Jugendhilfebereich – und mit der Ausdehnung des Flugverkehrs wird die Zukunft für Jugendliche durch Umweltzerstörung ruiniert (Raubbau an der Natur, Lärmbelastung, Luftverschmutzung etc.).

Der Tiergartentunnel verschlingt mehrere Milliarden Euro. Allein der Neubau des Hauptbahnhofs kostet 700 Millionen Euro (Tagesspiegel vom 22. Dezember 2005). Die 2,4 Kilometer lange Röhre für den Autoverkehr ist 385 Millionen Euro teuer.

Im Bereich des Tiergartens sollen sich die Tunnel für die Fern-, Regional- und U-Bahn, außerdem für die S-Bahn und die Bundesstraße 96 bündeln. Die Riesenbaustelle belastet den Tiergarten, die „grüne Lunge“ der Großstadt, enorm: Sinkender Grundwasserspiegel, Vertrocknung von Bäumen etc. Der Tiergartentunnel wird nach der Fertigstellung „zum Himmel stinken“, die Abgase von 50.000 Autos sollen (möglicherweise ungefiltert) täglich in die Luft gepustet werden.

Die Politik der Großprojekte für's Prestige muss gestoppt werden. Das erste Großprojekt heißt dann Bildung und soziale Sicherheit für Kinder und Jugendliche.

## 2. Kampf der Arbeitslosigkeit – Kampf um die Gelder vom Bund:

*30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Tariflöhne statt Absenkungstarifvertrag und Ein-Euro-Jobs. Für eine finanzielle Ausstattung der Kommunen, die es ihnen ermöglicht, ihren Aufgaben und ihrer Selbstverwaltung gerecht zu werden: Als erstem Schritt sind 80 Milliarden jährlich bundesweit für Kommunen und Länder und damit 5 Milliarden Euro für Berlin vom Bund nötig, um die Lücken zu stopfen und Handlungsfähigkeit herzustellen*

Mit der Einführung der 30-Stunden-Woche könnte die Arbeitszeit für die 200.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes massiv gesenkt und die Zahl der Überstunden spürbar abgebaut werden. Dadurch könnten 50.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Arbeitsstress und Erkrankungen ließen sich nachhaltig reduzieren.

Millionen von Überstunden auf der einen Seite, mehr als 300.000 Erwerbslose auf der anderen Seite – das schreit nach einer Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle. Die 30-Stunden-Woche, also eine effektive Arbeitszeitverkürzung, wäre ein wichtiger Schritt, die Massenarbeitslosigkeit einzudämmen. Kostenpunkt

für den öffentlichen Dienst bei vollem Lohnausgleich: Zwei Milliarden Euro. Finanzieren ließe sich das durch eine Rücknahme von Steuergeschenke im Bund an die Reichen und Vermögenden.

Eine massive Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst wäre eine Ermütigung für AktivistInnen in Betrieben der Privatwirtschaft und eine Stärkung der

Position der Gewerkschaften auch über den öffentlichen Dienst hinaus endlich wieder in die Offensive zu kommen. Die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle – das ist der effektivste Beitrag zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Der Berliner Senat könnte endlich einmal positiver Vorreiter werden.

SozialistInnen würden dafür eintreten, dass eine Linksregierung die Einführung der 30-Stunden-Woche beschließt, dementsprechende Mehrausgaben durch eine Erhöhung der Neuverschuldung tätigt und der Bundesregierung die Rechnung präsentiert – und zwar nicht bei Kammingesprächen hinter verschlossenen Türen, sondern durch eine öffentliche Kampagne. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, Erwerbslose und Angehörige sowie Beschäftigte in anderen Bereichen müssten mobilisiert werden.

Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer brächte bei einem Prozentpunkt unter Berücksichtigung eines Freibetrages von 500.000 Euro im Jahr laut Memorandum-Gruppe 14 Milliarden Euro für die Bundesländer. Bei einer Vermögenssteuer von zwei Prozent könnte Berlin mit jährlichen Mehreinnahmen von bis zu einer Milliarde Euro rechnen.

Die große Steuerreform 2001 war nur für die oberen Zehntausend „groß“. Damit tat sich für den Bund ein neues Steuerloch in Höhe von 60 Milliarden Euro im Jahr auf. Eine Rücknahme dieser „Reform“ und eine Erhöhung der Steuerquote um mindestens drei Prozent (auf knapp 25 Prozent) käme auch Berlin zu gute. Zusammen mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer um zwei Prozent als Minimum könnten damit um die zwei Milliarden Euro in die Landeskasse fließen.

### **Rückkehr zu Tariflöhnen statt Risikoabsicherung für vermögende Fondszeichner der Bankgesellschaft**

2003 sind Linkspartei.PDS und SPD aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband ausgetreten. In der Folge wurden die Löhne und Gehälter für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes um acht bis zwölf Prozent gekürzt. Diese Maßnahme muss sofort zurückgenommen werden. In Relation zum aktuellen Landeshaushalt würde das mit 250 Millionen Euro im Jahr zu Buche schlagen. Dazu kommen 50 Millionen Euro, um die Einkommenseinbußen durch den neuen BVG-Tarifvertrag (TV-N) zurücknehmen zu können. Diese 300

Millionen Euro entsprechen genau dem Betrag, der gegenwärtig im Jahresetat an möglichen Risiken in puncto Bankgesellschaft von Finanzsenator Sarrazin einkalkuliert wird (Tagesspiegel vom 8. Juni 2005). Also: Verzicht auf zehn Prozent Lohnraub im Schnitt und damit weniger Risiken für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes statt Risikoabsicherung für Immobilienhaie, Bankenchefs und Spitzenpolitiker.

Natürlich kommen noch weitere Kosten dazu, wenn die „Einsparungen“ bei Vivantes und Charité ebenfalls zurückgenommen werden, was genauso nötig ist.



Auch die Praxis der Ein-Euro-Jobs – in Berlin gibt es über 30.000 dieser Arbeiten mit „Mehraufwandsentschädigung“ – muss beendet werden: Nötig ist die Umstellung dieser Arbeitsverhältnisse in tariflich bezahlte und abgesicherte Arbeitsverhältnisse.

Die Länder und Kommunen wurden von der Bundespolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten ausgeblutet. Die Pflichtaufgaben der Kommunen, zum Beispiel im Kinder- und Jugendhilfebereich, können unter diesen Bedingungen kaum noch wahrgenommen werden. Mit 80 Milliarden zu ihren Gunsten könnten die schlimmsten Löcher gestopft (etwa 30 Milliarden betrug die Neuverschuldung von Ländern und Kommunen letztes Jahr) und erste Schritte hin zu einer Politik im Interesse der Masse der Bevölkerung ermöglicht werden. Eine solche Umverteilung würde auch Berlin den Spielraum geben, Wirksam gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen.

### **Für eine radikal andere Steuerpolitik**

Die Pleite Berlins und der anderen Kommunen bundesweit ist das Resultat einer als Sparpolitik etikettierten Umverteilungspolitik von unten nach oben. Während 1960 die Steuern auf Arbeit und Verbrauch 37,5 Prozent vom gesamten Steueraufkommen ausmachten, waren es im Jahr 2003 80,3 Pro-

zent. Gleichzeitig ging der Anteil der Steuern auf Gewinne und Kapital von 34,5 Prozent im Jahr 1960 auf 11,5 Prozent 43 Jahre später zurück.

Die Nettogewinne schwollen zwischen 1980 und dem Jahr 2000 um 96,5 Prozent an. Im gleichen Zeitraum sanken die Löhne netto um 0,4 Prozent. Von 1998 bis 2003, also unter Rot-Grün, erhöhten sich die Gewinne aller Kapitalgesellschaften um 8,2 Prozent, zugleich zahlten sie 39 Prozent weniger Steuern. Kapitaleigner und Vermögende profitieren davon, dass sich die Steuerquote in der Bundesrepublik im EU-15-Vergleich mit 21,5 Prozent auf dem niedrigsten Niveau bewegt.

Während die direkten Steuern in Deutschland und international gesenkt werden, will die Merkel-Regierung die indirekte Besteuerung steigern. Für 2007 ist bekanntlich eine Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent angekündigt worden.

Schon August Bebel erläuterte 1881 für die damalige SPD, dass „die indirekte Steuer auf die Vermögensverhältnisse des steuerzahlenden Konsumenten keine Rücksicht nimmt; der Millionär hat für sein Brot und Salz genauso viel zu zahlen wie der Arme. Nun konsumieren zwar die Reichen mehr als die Armen, allein von den eigentlichen Lebensmitteln, die vorwiegend besteuert sind, können sie nicht nennenswert mehr konsumieren als der Arme, und was sie sonst an Luxusgegenständen verbrauchen, das ist freier Wille, Privatvergnügen – und bringt dem Staat herzlich wenig – nicht annähernd, was der Reiche, bei gerechter Verteilung der Steuern, zu zahlen verpflichtet wäre. Und das ist der Grund, warum die reicheren Klassen solche Vorliebe für die indirekten Steuern haben: vermittels derselben können sie die Steuerlast größtenteils von sich ab- und auf die Schultern des Volkes wälzen.“ Trotz Unterschieden zwischen dem damaligen und heutigen Steuerrecht trifft Bebel mit der Beschreibung des Mehrwertsteuer-Mechanismus den Nagel auf den Kopf.

Ein Berliner Senat, der sich auf die Seite der Lohnabhängigen und Erwerbslosen stellt, müsste die nackten Fakten bekannt machen und erklären, dass die jahre- und jahrzehntelange Umschichtung von unten nach oben das Ergebnis bewusster Entscheidungen im Bund war. Steuerpolitische Entscheidungen, die gestoppt und umgekehrt werden können. Nötig wäre eine drastische Erhöhung von Unternehmenssteuern wie der Körperschaftssteuer sowie eine stark progressive Besteuerung der Einkommen.

Da Merkel und Müntefering auf massenhaften Druck zwar das eine oder andere Zugeständnis abgetrotzt werden könnte, aber zu befürchten ist, dass sie mit der anderen Hand zurücknehmen, was sie mit der einen Hand gegeben haben, sollte die Forderung nach einer drastischen Besteuerung der Unternehmen und Vermögenden mit dem Ziel ver-

bunden werden, die Bundesregierung zu stürzen.

Es darf natürlich kein Sand in die Augen gestreut werden. Bei einer radikalen Wende in der Steuerpolitik würde das Kapital mit Sicherheit nicht einfach klein begeben, sondern mit Entlassungen, Investitionsstreik und

Abwanderung ins Ausland drohen. Darum muss neben der Steuer- auch die Eigentumsfrage aufgeworfen werden. Wenn das Kapital Produktionsanlagen stilllegen oder abziehen will, reichen andere Steuergesetze nicht aus, dann müssen diese Betriebe in öffentliches Eigentum überführt werden.

### 3. Zukunft für Berlin statt Zinseszins für die Banken

*Die Verschuldung der Kommunen wurde durch das Ausbluten der Städte und Gemeinden durch den Bund hervorgerufen. Der Bund verteilte Geschenke an die Reichen und Konzerne – die Kommunen mussten bluten. Daher muss der Bund für die Folgen gerade stehen.*

Jahr für Jahr wächst der Schuldenberg Berlins allein, um den Zinsverpflichtungen auf Grund der Kreditaufnahmen (eine Folge der Verschuldung) nachzukommen (2005 schätzungsweise 2,5 Milliarden Euro). Das entspricht etwa 50.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst (die Personalkosten im öffentlichen Dienst belaufen sich im Schnitt auf 41.000 Euro pro Beschäftigten).

Im Memorandum 2005 von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik wird vorgerechnet: „Mit einem Aufwand von 30 Milliarden Euro jährlich können eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen werden.“ (In ihrer Modellrechnung fordert die Memorandum-Gruppe 75 Milliarden Euro pro Jahr über die nächsten zehn Jahre hinweg für ein öffentliches Investitionsprogramm gegen den Verfall der Infrastruktur, für ein Sonderprogramm Ostdeutschland, für eine ökologische Modernisierung und für die Förderung von Wissenschaft, Bildung und Kultur).

#### **Eine vollständige Entschuldung Berlins einfordern**

Wichtiger Bestandteil des Forderungskataloges eines linken, kämpferischen Senates müsste die Forderung nach einer kompletten Streichung aller Schulden Berlins sein.

Die Regierung von SPD und Linkspartei.PDS hat gerade eine Klage beim Bundesverfassungsgericht nach einer teilweisen Entschuldung auf Grund der „extremen Haushaltsnotlage“ des Landes Berlin laufen. Vorbilder sind Bremen und das Saarland. Bremen bekam zwischen 1994 und 2004 vom Bund 8,5 Milliarden Euro, das Saarland 6,6 Milliarden Euro. Berlin klagt nun spät und

defensiv, da Berliner Sonderbelastungen in die Klage nicht eingearbeitet wurden. Selbst im Erfolgsfall hätte Berlin weiterhin gut 25 Milliarden Euro zu schultern. Das entspricht ungefähr einem Jahresetat des Landes.

Warum nur eine Teilentschuldung fordern? Dieser Schuldenberg, der mit dem gegenwärtigen Schuldenabbaupolitik vielen Arbeiterfamilien erst Schulden aufbürmt, diese in die Armut stürzt, Jugendlichen die Zukunft verbaut und ALG-II-EmpfängerInnen und RentnerInnen zunehmend vom öffentlichen Leben abhängt, ist nicht die „Schuld“ der arbeitenden und erwerbslosen Massen Berlins. Den Schuldenberg haben nicht die Otto-NormalverbraucherInnen zu verantworten. Er ist das Produkt der Krise des kapitalistischen Systems (neben dem Scheitern des bürokratischen SED-Regimes in der DDR) und gigantischer Umverteilungsmaßnahmen zur Verteidigung von Gewinnen und Vermögen. Großbanken haben in den letzten Jahren Milliardengewinne verbuchen können. Sie profitieren heute von der Schuldenpolitik.

Das Geldvermögen der Bundesrepublik hat sich in den neunziger Jahren auf 6,75 Billionen Mark fast verdoppelt und betrug Ende 2003 beinahe vier Billionen Euro. Gleichzeitig stieg die gesamte Staatsverschuldung von circa 250 Milliarden Mark zu Beginn der neunziger Jahre auf über 1,2 Billionen Euro 2003 an. Vom Privatvermögen entfielen in Westdeutschland 42 Prozent auf die vermögendsten zehn Prozent der Haushalte, während 4,5 Prozent den unteren 50 Prozent der Haushalte gehörten. Damit entspricht gut die

Hälfte der Vermögen der reichsten zehn Prozent der Republik in etwa der Gesamtverschuldung des Staates.

Ist eine Entschuldung überhaupt realistisch? Auch heute gibt es im internationalen Maßstab sehr wohl Fälle von Schuldenstreichung – allen voran der Irak. Der US-Imperialismus, der über IWF und Weltbank immer neue Knebelverträge mit unterentwickelten Ländern abschließt, sorgte dafür, dass ihre neue „Öl-Kolonie“ beinahe über Nacht von allen Auslandsverpflichtungen befreit wurde; Bush und Co sagten sich, dass sie die Kuh nicht schlachten wollen, die ihnen jetzt Milch geben soll. Die Angst vor Destabilisierung und Kontrollverlust waren zusätzliche Faktoren.

Wenn sich die große Mehrheit Berlins gegen Sozialkahlschlag und Umverteilung erheben würde und an Massenprotesten beteiligt wäre, könnte die Frage der Schuldenstreichung auch in Berlin eine tagespolitische Frage werden.

Wenn SozialistInnen Teil eines Senats wären, das Widerstand gegen Sozialraub organisiert, würden sie sich dafür stark machen, eine Massenmobilisierung gegen die Bundesregierung mit Initiativen für einen bedarfsgerechten Haushalt zu verbinden.

Auf allen Ebenen, begonnen in den Nachbarschaften und in den Kiezen, auf bezirklicher und stadtweiter Ebene sollten ArbeiterInnen, Angestellte, BeamtInnen, Erwerbslose, SchülerInnen, Studierende und RentnerInnen zusammenkommen, um darüber zu beraten, was sich ändern und verbessern müsste. Auf allen Ebenen sollte darüber beraten werden, wie die Bildungs-, die

Wohnungs-, die Sozial- oder Gesundheitspolitik zu gestalten wäre. Dadurch ließen sich Zusammenhänge erfassen. Auf diese Weise könnte Passivität überwunden werden und der Blick für gemeinsame Interessen geschärft werden. Damit könnte der Senat neue Gesetzesentwürfe vorlegen und damit das bürgerliche Establishment politisch herausfordern.

Im Rahmen dieser Versammlungen sollten die Anwesenden zu „Fachleuten“ für Steuer- und Schuldenpolitik werden. Die Rechnung müsste dann der Bundesregierung präsentiert werden.

---

### ***Start einer bundesweiten Kampagne zur Umverteilung von oben nach unten und zur Erhöhung und Angleichung der Gewerbesteuer.***

---

Peter Grottian, FU-Professor und einer der Sprecher der Initiative Berliner Bankenskandal, hat in den letzten Jahren die Forderung nach Verhandlungen über ein Zinsmoratorium in die Diskussion gebracht. Diese Idee hat nur einen Haken – sie trifft auf erbitterten Widerstand der Banken und Kapitalbesitzer. Sie werden nicht einfach verhandeln. Denn, was haben die Gläubiger, die Banken, davon, auf Zinseinnahmen zu verzichten? Im internationalen Konkurrenzkampf ist die Verteidigung der Gewinnmarge, wenn nicht sogar eine Steigerung der Renditen für sie existenziell (die deutschen Großbanken fürchten derzeit, weltweit ins Hintertreffen zu geraten oder sogar Übernahmekandidaten zu werden; die Deutsche Bank hat mit der Umsetzung von massenhaftem Arbeitsplatzabbau begonnen, um die Rendite auf 25 Prozent hochzutreiben).

Natürlich sind Verhandlungen und Zugeständnisse seitens der Bankenchefs denkbar – aber erst, wenn sie durch Massenproteste unter Druck gesetzt wurden, wenn sie zu Konzessionen gezwungen werden.

Aus sozialistischer Sicht müsste nicht erst die Regierungspolitik einer kämpferischen linken Kraft essenziell anders ausfallen als die Politik der etablierten Politiker und Parteien, sondern natürlich auch die Zeit der Opposition und – nicht nur, aber auch – der Wahlkampf. Neben der aktiven Unterstützung von Arbeitskämpfen muss in den Monaten vor dem Wahltag auf der Straße, bei Hausbesuchen, vor den Werkstoren, an Schulen, Berufsschulen und Universitäten der Dialog mit den Opfern der bisherigen Senatspolitik gesucht werden. Es muss in einer beispiellosen Kampagne aufgezeigt werden, dass es Alternativen zur Kürzungsgorgie gibt und dass diese durch Massenproteste erkämpft werden können. Anders als bei den etablierten Parteien geht es nicht um irgendwelche

verlogenen Wahlversprechen. Die Kandidatur einer linken Kraft, die Aussichten auf eine Mehrheit hätte, müsste den Menschen erklären, dass die angestrebten Reformen nicht wie Geschenke verteilt werden können, sondern von der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden müssen.

Eine solche Regierung müsste vom ersten Tag an eine bundesweite Kampagne forcieren, um Unterstützung für ihre Politik der Umverteilung von oben nach unten zu bekommen – gegen die Interessen der Banken und Konzerne, gegen deren Politiker im Bund.

Wäre die WASG Berlin oder eine ähnliche linke Formation in der Regierung, würden SAV-Mitglieder dafür eintreten, dass Parlament und Senatsposten als Plattform genutzt werden. Propaganda gegen die Bundesregierung müsste mit konkretem Protest verbunden werden. SozialistInnen und andere Linke in einem Berliner Senat müssten zu einer bundesweiten Großdemonstration vor dem Reichstag aufrufen, einer Demonstration zum Beispiel unter der Losung: „Schluss mit Lohn- und Sozialkürzungen – Für eine massive Umverteilung von oben nach unten“.

An die anderen Kommunen sollte appelliert werden, Berlin nicht im Regen stehen zu lassen, sondern den gleichen Weg einzuschlagen. In Berlin und bundesweit sollten Hunderttausende, wenn nicht Millionen gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau mobilisiert werden, Busse und Sonderzüge sollten für einen Protestzug nach Berlin gebucht werden.

Der Mobilisierungsgrad steht und fällt in der Regel damit, was sich in Betrieben und Gewerkschaften tut. Darum müsste dieser Senat vom ersten Tag an in enger Zusammenarbeit mit betrieblichen und gewerkschaftlichen AktivistInnen, mit Gewerkschaftsmitgliedern, Vertrauensleuten, Personal- und Betriebsräten stehen. Über Berlin hinaus sollten Initiativen auf diesen Ebenen ergriffen werden. Belegschaften und Gewerkschaftsmitglieder außerhalb Berlins sollten aufgerufen werden, den Schulterschluss mit den Berliner Beschäftigten zu suchen, Druck auf die Gewerkschaftsführung auszuüben, den Apparat zur Mobilisierung gegen die Bundesregierung einzusetzen und ähnliche Forderungen, wie in Berlin formuliert wurden, aufzustellen. Teil einer solchen Kampagne könnten überregionale Vertrauensleutenkonferenzen sein, auf denen die politischen Fragen und die nötigen Kampfschritte intensiv diskutiert werden könnten. Im Mittelpunkt einer erfolgreichen Strategie müsste die Streikfrage gestellt werden. Durch

flächendeckende Arbeitsniederlegungen kann schließlich der größtmögliche (ökonomische) Druck ausgeübt werden.

**Blieben wir bei der Hypothese, die WASG Berlin könnte (allein oder mit anderen Linken) nach einem solchen Wahlkampf die Regierung stellen:**

---

### ***Wie würde die erste Zeit im Abgeordnetenhaus nach der Ernennung der Senatoren aussehen?***

---

Ein mögliches Szenario: Zunächst könnte die Gewerbesteuererhöhung zur Schaffung von 1.000 Lehrerstellen und weitere Verbesserungen bei Kitas, Schulen, Berufsschulen und Universitäten beschlossen werden. Dann könnte die Neuverschuldung erhöht werden, um die Einführung der 30-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu realisieren. Parallel dazu könnte die Kündigung des Risikoabsicherungsgesetzes für die Bankgesellschaft beschlossen werden, um die Lohnkürzungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurückzunehmen. Dem Bund muss dafür die Rechnung gestellt werden: 5 Milliarden Euro mehr jährlich und die volle Übernahme der Berliner Schulden.

Die bürgerliche Opposition würde schäumen, ihre Medien mobilisieren und den Berliner Verfassungsgerichtshof anrufen, um diese Beschlüsse für illegal zu erklären.

Die Regierung müsste dann eine Offensive starten, in der sie vorbringt, dass sie auf die Anklagebank gesetzt werden soll, weil sie Arbeitsplätze schafft, Löhne erhöht und das Bildungswesen ausbaut. Stattdessen gehöre die Bundesregierung, die Gerichte und die Unternehmer angeklagt. Massenmobilisierungen nicht gegen, sondern dieses Mal für eine Regierung müssten gestartet werden.

Trotz der extrem eingeschränkten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten wäre der Weg in die Regierung richtig gewählt. Nicht nur, weil einzelne Maßnahmen am Beginn der Amtszeit möglich sein könnten, sondern vor allem weil eine Zuspitzung des Kampfes gegen Sozialkürzungen auf eine direkte Auseinandersetzung mit der Bundesregierung erreicht werden könnte. Anders als von den Oppositionsreihen könnte man von den Regierungsbänken aus viel wirksamer agieren. Ein Senat, der sich mit Bundesregierung und bürgerlichen Gesetzen anlegen würde, um die Verarmung einer Stadt zu stoppen, wäre sich einer großen Aufmerksamkeit sicher. Ein Senat, der auf diese Weise im Rampenlicht stehen würde, müsste die Position nutzen, um in der Medienöffentlichkeit offensiv für die Interessen der arbei-

tenden und erwerbslosen Menschen zu argumentieren, die Umverteilungspolitik der anderen Parteien zu entlarfen und eine Kampfperspektive aufzuzeigen.

Zusätzliches Vertrauen in der Arbeiterklasse könnten und müssten sich Senat und Fraktion(en) dadurch verschaffen, dass sie von Beginn an auf die Selbstbedienung aus den Fleischtopfen ver-

zichten, ihr Einkommen auf das Niveau von FacharbeiterInnen beschränken und alles, was darüber hinausgeht, in die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit und der Massenproteste stecken würden.

Für jeden würde offensichtlich, bei wem die Verantwortung für die „Sparpolitik“ Berlins liegt. Schließlich ist es

die Bundesregierung, die alle Möglichkeiten hätte, Vermögende und Konzerne zur Kasse zu bitten – wenn sie sich denn mit Banken und Konzernen anlegen würde statt mit der Masse der Bevölkerung. Das müsste öffentlich bekannt gemacht werden. Größtmöglicher Druck müsste ausgeübt werden, um von der Bundesregierung Zugeständnisse abzutrotzen.

## Rekommunalisierung der Wasserbetriebe?

### Das Beispiel Cochabamba

Parallel zur Mobilisierung gegen die Bundesregierung würde sich die Aufgabe stellen, gegen Privatisierungspolitik und Arbeitsplatzabbau vorzugehen. Aus zwei Gründen: Erstens gibt es nicht nur die Verteilungs-, sondern auch die Eigentumsfrage. Private Unternehmen versuchen sich mehr und mehr aus der Finanzierung der Daseinsfürsorge zu stehlen beziehungsweise in ihren Betrieben Stellen zu streichen und Löhne zu senken, vermehrt auch Werke zu schließen, um ihre Renditen hochzujagen. Zweitens müsste ein Senat von SozialistInnen und anderen Linken nicht nur den

Kampf gegen die Bundesregierung, sondern gleichzeitig den Kampf gegen die Kapitaleigner aufnehmen. Das wäre nicht nur anzustreben, sondern auch machbar.

Eine Schlüsselfrage ist die Frage nach dem Potenzial für Gegenwehr. Es wäre törricht, die Augen vor den aktuellen Schwierigkeiten zu verschließen: In Berlin haben Deindustrialisierung, Massenentlassungen und Privatisierungswellen dafür gesorgt, dass viele KollegInnen an den Möglichkeiten für effektiven Widerstand zweifeln. Jahrelang wurden Niederlagen eingesteckt, Rückschläge er-

litten, die Kampfbedingungen der Beschäftigten verschlechtert. Das ging einher mit Enttäuschungen über die Rolle der Gewerkschaftsspitze; im öffentlichen Dienst trieb der Verrat solche Blüten, dass ÖTV-Führer wie Kurt Lange oder Ernst-Otto Kock nicht nur halbherzig gegen Privatisierungsschritte mobilisierten, sondern über Nacht die Seiten wechselten (Lange wurde Bewag-Arbeitsdirektor, Kock Vivantes-Personalchef).

Trotzdem nahm der Widerstand gerade in den letzten 30 Monaten erkennbar zu: Angefangen mit der von unten initiierten bundesweiten Demonstration am



1. November 2003, den darauf folgenden Beteiligungen an Protesten und der ebenfalls ohne Zutun der DGB-Spitze entstandenen Anti-Hartz-Bewegung. Die 4,1 Millionen Stimmen für die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 gaben ebenfalls eine Ahnung von der Ablehnung gegen die bestehenden Verhältnisse.

Trotz bitterer Erfahrungen in den letzten zehn, 15 Jahren regte sich auch in Berlin wiederholt Widerstand: ob die Bildungsproteste, der Charité-Warnstreik oder die Serie von Protestaktionen der Beschäftigten von Bosch-Siemens, Samsung, JVC oder CNH / O&K. Was, wenn eine Regierung einmal ausscheren würde und Maßnahmen ergreifen wollte, für die es sich auch zu kämpfen lohnte? Könnte das nicht dem Widerstand Nahrung geben, würde damit nicht die Kampfbereitschaft ansteigen, vor allem, wenn das mit einer enormen Politisierung verbunden wäre?

Auf dem Landesparteitag der WASG Berlin Ende November 05 erklärte Klaus Lederer, Gastredner der Linkspartei.PDS, dass Berlin nicht Cochabamba wäre. Damit meinte er, dass das Ausmaß des Widerstandes in Berlin nicht mit dem in Bolivien zu vergleichen wäre. Aber warum sollte sich das denn nicht ändern können? Immerhin lässt das Ausmaß der Angriffe langsam an Bolivien erinnern.

Klaus Lederer zielte auf die Wasserpolitik ab. Zu den Hintergründen: 1999 wurde der Verkauf von 49,9 Prozent der Anteile der Berliner Wasserbetriebe an RWE und Veolia vollzogen. Den privaten Riesen RWE und Veolia wurde eine jährliche Rendite von acht Prozent für 28 Jahre garantiert. In den letzten fünf Jahren wurden die Wasserpreise um in etwa 20 Prozent hoch geschraubt. Parallel dazu wurden Investitionen in das Leitungsnetz stark gesenkt – mit bedrohlichen Folgen in den kommenden Jahren.

In der Landespolitischen Erklärung vom Juni 2005 forderte die WASG den Rückkauf der Wasserbetriebe. Harald Wolf konterte, dass er sich dem nicht verweigern würde, wenn ihm denn jemand die zwei Milliarden Euro geschätzte Rückkaufkosten schenken würde. WASG- und attac-Mitglieder hielten ihm entgegen, dass die Gesamtkosten für das Land Berlin bei einer Fortsetzung der jetzigen Politik mehr als drei Milliarden Euro betragen würden und ein Rückkauf somit günstiger käme.

An Stelle der Forderung nach einem Rückkauf sollte die Forderung nach einer Rekommunalisierung vorgebracht werden. Konzernen, die massenhaft Stellen abbauen und Abzockerei betreiben, dürfen nicht noch mehr Gelder zugeschoben werden. Die Folge wäre schließlich eine Stärkung oder Aufrechterhaltung ihrer Konzernmacht, während die öffentlichen Kassen weiter geplündert würden.

Eine Entschädigung kommt nur im Fall von erwiesener Bedürftigkeit in Betracht. RWE erzielte allerdings allein im Jahr 2004 mit bundesweit 56.000 Beschäftigten mehr als 1,6 Milliarden Euro Gewinn, eine Steigerung innerhalb von neun Monaten um 120 Prozent.

Wer ist geschädigt? Die wirklich Geschädigten sind die Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen Berlins. Ausgaben in das Leitungsnetz wurden aus Profitinteressen auf die Hälfte runtergeschraubt und bedeuten eine Hypothek für die Bevölkerung. Durch die Halbierung der Ausgaben bei den Instandhaltungen sind 5.000 außerbetriebliche Arbeitsplätze bedroht oder schon weggefallen. Die Wasserpreise stiegen in den letzten Jahren auch im bundesweiten Vergleich überdimensional; mittlerweile zahlen die BerlinerInnen einen höheren Wasserpreis als die VerbraucherInnen Münchens, dem langjährigen Spitzenreiter. Allein 2004 verdienten die neuen Eigentümer mit dem Berliner Wasser 134 Millionen Euro. 900 BwB-Beschäftigte verloren ihre Arbeit. Der Verlust der Arbeitsplätze bedeutet Einnahmeverluste und bürdet dem Land Berlin zudem zusätzliche Kosten auf. Wenn dieser von RWE und Veolia angerichtete langfristige Schaden zu dem einmaligen Verkaufserlös von 1,3 Milliarden Euro für Berlin ins Verhältnis gesetzt wird, dann kann es nicht darum gehen, ob Berlin RWE und Veolia bei Enteignung eine Entschädigung zahlen muss, sondern vielmehr, dass RWE und Veolia für die von ihnen verursachten Schäden haften und der Bevölkerung Berlins eine Entschädigung leisten müssten.

Will man einen mit immensen Kosten verbundenen Rückkauf umgehen, muss die Forderung nach einer Überführung in gesellschaftliches Eigentum aufgestellt werden. Eine solche Forderung müsste sich eine Berliner Linkspartei auf die Fahnen schreiben. Ein solcher Kampf könnte

sich vor dem Hintergrund von Protesten gegen Sozialraub und gegen die Bundesregierung entzünden.

Die Proteste in einigen Kommunen Frankreichs und vor allem in Bolivien gegen den Verkauf der Wasserversorgung zeigen, dass sehr wohl Teilerfolge heute erreichbar sind – bei einem enormen Aufschwung des Klassenkampfes.

In Cochabamba, der drittgrößten Stadt Boliviens, konnte der Privatisierung der Wasserversorgung Einhalt geboten werden. Im Jahr 1998 hatte die Weltbank einen 25 Millionen US-Dollar-Kredit für Investitionen in die Wasserwerke von Cochabamba an die Bedingung einer Privatisierung der Wasserversorgung geknüpft. Weitere Bedingungen waren die Umlage der gesamten Kosten auf die VerbraucherInnen und eine Koppelung des Wasserpreises an den US-Dollar. Vor allem durfte der Kredit nicht mehr zur Subventionierung der Wasserversorgung für die verarmte Bevölkerung verwendet werden.

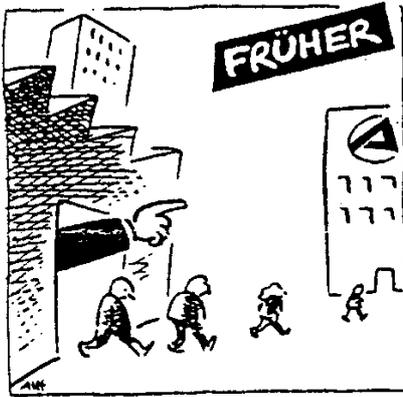
Daraufhin kam es zu einem Aufstand gegen die Übernahme der Wasserwerke durch das US-amerikanische Unternehmen Aguas del Tunari, einer Tochtergesellschaft des US-amerikanischen Bau- und Wasserkonzerns Bechtel (dem von Präsident Bush derzeit lukrative Aufträge im Irak zugeschanzt werden). Kurz nach dieser Privatisierung waren die Wasserpreise sprunghaft um 35 Prozent angestiegen. Für die VerbraucherInnen war es bei einem Durchschnittseinkommen von 100 Dollar pro Monat nicht mehr möglich gewesen, den utopischen Wasserpreis von 20 US-Dollar zu bezahlen. Wochenlang organisierten ArbeiterInnen und die verarmte Bauernschaft in den Nachbarschaften Komitees, um Alternativen zu diskutieren und den Widerstand zu bündeln. Sie trotzten einem Ausnahmezustand, dem brutalen Einsatz der Staatsorgane (der neben vielen Verletzten auch zum Tod eines 17jährigen führte) und erreichten – vorübergehend – die Rücknahme des Vertrags mit Bechtel.

Die Ereignisse von Bolivien enthalten wichtige Lehren. Erstens führen sie vor Augen, dass selbst nach einer vollzogenen Privatisierung Gegenwehr möglich ist. Zweitens zeigen sie auf, dass Massenproteste – die in Bolivien sogar Ausmaße einer antikapitalistischen Massenbewegung annahmen – von Nöten sind, will man multinationale Konzerne ernsthaft herausfordern. Drittens machen sie deutlich, dass heute kein dem Kapital abgerungenes Zugeständnis von Dauer ist.

# Abwanderung und Verlagerung stoppen

## Enteignung von Konzernen, die Massenentlassungen durchführen

Im Jahr 2005 kam es in Berlin zu einer Serie von Hiobsbotschaften für die Lohnabhängigen. Im Frühjahr machte Bosch-



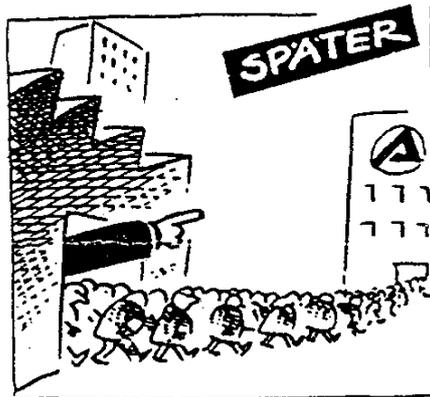
Siemens damit Schlagzeilen, das Werk in Spandau mit mehr als 1.000 Arbeitsplätzen aufzugeben (eine Anündigung, die aufgeschoben, aber nicht aufgehoben ist). Im September kündigte Samsung an, 750 von 800 Stellen im Bildröhrenwerk Oberschöneweide zu streichen. Kurz danach verkündete die Zigarettenfirma Reemtsma 200 Entlassungen. Darauf folgte die Bekanntgabe von Herlitz, eine Standortverlagerung anzupfeilen. Das Haus- und Systemtechnikunternehmen Stiebel Eltron will nun das Werk in Tempelhof mit 95 ArbeiterInnen schließen. Der Elektronikonzern JVC plant, die Fertigung von Videokameras und DVD-Rekordern in Reinickendorf einzustellen und 225 Arbeitsplätze abzubauen. In den Wochen vor Jahresende schloss sich der Baumaschinenkonzern Case New Holland (CNH, ehemals Orenstein und Koppel, O&K) dem an und gab die Schließung des Werkes in Spandau bekannt.

Neben dem Kampf gegen die Folgen der Privatisierung des öffentlichen Dienstes müsste eine Linksregierung in Berlin den Kampf gegen Werkschließungen aufnehmen. Ausgangspunkt müsste Solidaritätsarbeit für die betroffenen Belegschaften sein. Das hätte aber nichts mit den Auftritten der etablierten Politiker und Parteien gemein.

Harald Wolf übt sich als PDS-Wirtschaftssenator in Standortpropaganda und kommt der Unternehmerforderung nach einer Verbetrieblichung der Tarifpolitik entgegen. Im Frühsommer erklärte er bei der Bosch-Siemens-Kundgebung vor dem Roten Rathaus: „Die Beleg-

schaft ist bereit, durch Mehrarbeit einen zusätzlichen Beitrag zur Rentabilität des Werkes zu leisten. Deshalb muss es auch für die Konzernleitung zumutbar sein, ihren Beitrag zum Erhalt des Werkes zu leisten. Ich meine, das ist nicht nur betriebswirtschaftlich begründbar, sondern auch ein Gebot der Fairness. Die Schließung eines Unternehmens ist immer die schlechteste Alternative.“

Eine Linksregierung dürfte sich nicht mit der Organisierung von Solidaritätsarbeit begnügen, sondern müsste ein Programm gegen Arbeitsplatzabbau aufstellen: Kampf für den Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes – angesichts von über 300.000 Erwerbslosen in Berlin. Schließlich sind gut bezahlte, tariflich geschützte sozialversicherungspflichtige Ersatzarbeitsplätze nicht in Sicht. Beschäftigungsgesell-



schaften sind nur ein Tod auf Raten. Die Geschäftsbücher müssen geöffnet werden, um zu sehen, wohin die von den Belegschaften erwirtschafteten Gelder geflossen sind.

Wenn auf das Problem der Überkapazitäten verwiesen wird, dann muss dem die Forderung nach einer Aufteilung der Arbeit entgegen gehalten werden. Tom Adler von den „Mettinger Rebellen“ und Daimler-Betriebsrat in Untertürkheim hat zu Recht kürzlich erklärt, dass die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich heute mehr denn je populär gemacht werden muss.

Statt Betriebe platt zu machen, muss die Umstellung auf alternative Produkte angegangen werden. Das dürfen die Beschäftigten nicht denjenigen überlassen, die nur auf Profitmaximierung aus sind. In Fällen wie Bosch-Siemens ist auf den ersten Blick schon erkenn-

bar, dass die angedrohte Werkschließung nur der kurzfristigen Senkung der Lohnkosten dienen sollte. Waschmaschinen werden weiterhin gebraucht. Im übrigen konnte der Gesamtkonzern Bosch-Siemens sein Umsatzwachstum in den ersten neun Monaten 2005 um fünf Prozent steigern.

Auf dem Landesparteitag im Juni 2005 hat die WASG Berlin beschlossen, dass Betriebe wie Bosch-Siemens in öffentliches Eigentum überführt werden müssen, wenn sie Massenentlassungen und Werkschließungen durchziehen wollen.

Die Besitzer dieser Fabriken und Konzerne halten es für ihr gutes Recht, über die Zukunft der Betroffenen zu bestimmen, schließlich seien diese Betriebe ihr Eigentum. Genauso maßten sich die Sklavenhalter in der Antike an, über das Schicksal der Sklaven verfügen zu können, schließlich seien sie ihr Eigentum. Aber wem gehören Bosch-Siemens, Herlitz und andere Konzerne, wer hat sie aufgebaut? Wer hat jahrelang für diese Unternehmen Gewinne erwirtschaftet? Die Manager und Vorstandsmitglieder, die Großaktionäre und Spekulanten? Alles wurde von den Belegschaften erarbeitet – und von der Gesellschaft. Ohne Ausbildung der Beschäftigten in öffentlichen Schulen, ohne die Finanzierung der Infrastruktur mit öffentlichen Mitteln wäre es diesen Unternehmen keinen einzigen Tag möglich gewesen, zu produzieren.

Diese Position müsste sich eine Linksregierung zu eigen machen – und dementsprechend handeln.

Die Rechtsprechung ist keineswegs



neutral. In jeder Gesellschaft (in der verschiedene Klasseninteressen aufeinandertreffen) ist sie Produkt und Ausdruck der herrschenden Eigentums- und Machtverhältnisse. Aber auf Grund der

prosozialistischen Stimmung in der Arbeiterbewegung in den Jahren nach dem II. Weltkrieg finden sich sogar im bürgerlichen Gesetzbuch Artikel, auf die Bezug genommen werden kann.

Artikel 14 des Grundgesetzes lautet: „(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig (...)“.

In Artikel 23 der Verfassung von Berlin heißt es ähnlich: „(2) Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden.“

Wird das Eigentum von Herlitz oder CNH zum „Wohle der Allgemeinheit“ eingesetzt? Wenn hunderte von Beschäftigten die Existenzgrundlage entzogen wird, Familien ruiniert werden und von den Betrieben abhängigen Regionen die Zukunft verbaut wird, ist die

Überführung in Gemeineigentum die einzige Alternative.

In der aktuellen Situation, in der die Beschäftigten des CNH- / O&K-Werkes mit dem Rücken zur Wand stehen und seit Monaten Proteste auf die Beine stellen, müsste eine Linksregierung für die Überführung des Berliner Betriebes in öffentliches Eigentum eintreten (gleiches gilt für die anderen von Schließung betroffenen Werke).

# Beispiel Liverpool

## Sozialistische Kommunalpolitik 1983-1987

**Für SozialistInnen gibt es keine universelle Taktik bei der Regierungspolitik. Die konkreten Umstände, das Kräfteverhältnis zwischen der herrschenden Klasse und der arbeitenden Bevölkerung, der Stand des politischen Bewusstseins der Arbeiterklasse, die eigene Stärke und andere Faktoren gilt es zu berücksichtigen. Aber es gibt ein Beispiel für sozialistische Kommunalpolitik, das hervorsticht, Lehren für Berlin und andere Städte enthält und trotz aller Unterschiede in den Umständen aufzeigt, dass das oben beschriebene Szenario mehr ist als eine Utopie, sondern so oder ähnlich Realität werden könnte. Die Rede ist von dem Liverpooler Stadtrat in den Jahren 1983 bis 1987.**

Nachdem Mitglieder der SAV-Schwesterorganisation um die Zeitung Militant in der Labour Party Liverpool 1983 zusammen mit anderen kämpferischen Linken die Mehrheit eroberten und die Wahlen gewannen, nahmen sie 2.000 Stellenreichungen zurück, ließen 5.000 Sozialwohnungen bauen, konnten 12.000 neue Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft schaffen, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von 39 auf 35 Stunden verkürzen und unter anderem 519 LehrerInnen neu einstellen.

Sie verabschiedeten damals einen ungedeckten, „illegalen“, Haushalt und forderten das fehlende Geld von der Thatcher-Regierung ein (seit 1979 hatte Thatcher Liverpool 34 Millionen Pfund weggenommen). Thatcher sah sich gezwungen, 1984 95 Prozent der geforderten Gelder zu gewähren und 1985 verbilligte Kredite zu vermitteln.

Wirksamer Druck auf die Regierung der Tories konnte nur deshalb entwickelt

werden, weil der Liverpooler Stadtrat auf die Unterstützung der Arbeiterklasse in der fünfgrößten Stadt Großbritanniens und darüber hinaus baute. Der Stadtrat suchte die Unterstützung nicht bei Sektempfängern mit den Honoratioren und Kunstmäzenen, nicht in vertraulichen Gesprächen in der Downing Street, mit Bankvorständen oder beim Bischoff. Er warb um Unterstützung vor den Fabrikatoren, in den Gewerkschaften, auf Stadtteilversammlungen und auf der Straße. Im Vorfeld der Haushaltsberatung 1984 verteilte die Liverpooler Labour Party 180.000 Exemplare ihrer Zeitung. Am Tag der Beratung selber kam es sogar zu einem Generalstreik und einer Großdemo mit 50.000 TeilnehmerInnen.

In vielen anderen Städten erhöhten Labour-Stadträte damals die Kommunalsteuern, um Kürzungen abzuwenden. Der Liverpooler Stadtrat sah darin keine Alternative. Er entschied sich zum Gesetzesbruch. Die Rechtslage sah vor, dass Stadträte zu Bußgeldern verurteilt und amtsenhoben werden können, wenn sie willentlich einen Haushalt beschließen, in dem die Ausgaben nicht durch die Einnahmen gedeckt sind. Militant und die Labour-Stadträte sagten damals: Besser, mit einem Gesetz zu brechen, als den Armen das Rückgrat zu brechen. Mehr als einmal drohte Thatcher seinerzeit sogar, die Armee zu schicken.

Die Militant-GenossInnen hatten in der Liverpooler Labour-Fraktion zahlenmäßig nie die Mehrheit, dennoch setzten sie sich mit ihren Ideen meistens durch. Sie scherzten, dass sie als RevolutionärInnen die letzten ReformistInnen in Großbritannien wären. Die Militant-Stadträte wurden von der

Thatcher-Regierung und den bürgerlichen Medien als „Extremisten“ bezeichnet. Von den „Trotzkisten“ war die Rede. Im Leserbrief einer Lokalzeitung hieß es damals bemerkenswerter Weise: „Ich bin nicht sicher, wer Leo Trotzki war, aber wenn ich sehe, wie viele Häuser Liverpool gebaut hat, muss er wohl Maurer gewesen sein.“

Ein Grund für den Erfolg gegenüber Thatcher am Anfang des Konflikts war der 1984 begonnene Bergarbeiterstreik. Thatcher wollte einen Zwei-Fronten-Krieg vermeiden und konzentrierte sich zunächst auf die Bergarbeiter und ihre Familien.

Die britischen SozialistInnen unternahmen enorme Anstrengungen, Verbindungen zu den kommunalen Beschäftigten und ihren Gewerkschaften in anderen Städten herzustellen. Leider blieb Liverpool trotz Appellen an die anderen Kommunen letztlich isoliert. Die Tory-Regierung überzog den Stadtrat mit Strafprozessen. Eine halbe Million Pfund Bußgelder und Gerichtskosten wurden den 47 Labour-Stadträten Liverpools aufgebremmt. Labour-Vorsitzender Neil Kinnock ließ die Liverpooler Labour Party auflösen. Militant-GenossInnen wurde das passive Wahlrecht entzogen. Allerdings gelang es den 47 Liverpooler Labour-Stadträten, die Dinge vor Gericht anderthalb Jahre hinauszuzögern, und damit sicherzustellen, dass das Wohnungsbauprogramm nicht abgeblasen werden konnte.

Liverpool bleibt bis heute ein Beispiel dafür, dass eine grundlegend andere, sozialistische Kommunalpolitik möglich ist. Liverpool macht auch deutlich, wie wichtig der subjektive Faktor und der Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Organisation mit starker Verankerung in den Betrieben und Stadtteilen ist.

# Welche Aufgaben stellen sich heute?

## Sozialistische Opposition im Abgeordnetenhaus

„Das Projekt Linkspartei kann nicht darin bestehen, Fundamentalopposition zu machen“, so Harald Wolf, auf die WASG gemünzt, im Neuen Deutschland vom 20. Oktober. Es ist keine Frage, dass die WASG den Willen haben sollte, jede Möglichkeit auf jeder Ebene wahrzunehmen, auf eine reale Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiterklasse hinzuwirken. Das kann, wie oben ausgeführt, die Regierungsebene miteinschließen. Allerdings ist der Weg, über Regierungspolitik die realen Verhältnisse in Berlin zu verändern, angesichts des Kurses der Berliner Linkspartei.PDS (und der gegenwärtigen Stärke beziehungsweise Schwäche der WASG) derzeit verbaut.

Im Frühsommer hieß es in einer Umfrage, in der das WASG- und PDS-Abschneiden getrennt ausgewiesen wurde, dass die PDS in Berlin auf zwölf, die WASG auf elf Prozent kommen würde. Laut einer in der Berliner Morgenpost vor einem halben Jahr veröffentlichten Umfrage gaben sechs Prozent an, bei der Abgeordnetenhauswahl einer WASG-Kandidatur die Stimme zu geben. Obwohl sich seitdem viel getan hat, gibt das eine Ahnung von dem Potenzial für eine kämpferische, antikapitalistische Kandidatur.

Eine Fraktion im Abgeordnetenhaus könnte aus der „Fundamentalopposition“ heraus sehr wohl Einfluss auf das politische Geschehen nehmen – wenn diese Kraft das Parlament als Plattform nutzt, dem Widerstand eine Stimme zu geben, den Anliegen von kämpfenden Belegschaften eine größere Öffentlichkeit zukommen zu lassen, Gegenwehr zu vernetzen und die Bewegung politisch zu stärken.

Ein Beispiel für Einflussmöglichkeiten gab der irische Parlamentsabgeordnete Joe Higgins (Mitglied der Socialist Party) in diesem Frühling. „Der Mann, der sich durch Geld nicht kaufen lässt“ (Irish Times), förderte und unterstützte den Kampf von türkischen BauarbeiterInnen, denen von ihrem Arbeitgeber, der Firma Gama, vertraglich zustehende hohe Beiträge vorenthalten wurden. Am Schluss mussten die Unternehmer alle aus-

stehenden Löhne auszahlen.

Das einzige, was den Lohn- und Sozialraub aufhalten kann, ist der entschlossene Kampf gegen Lohn- und Sozialraub. Durch den Widerstand einer Belegschaft können Beschäftigte anderer Betriebe und Branchen ermutigt werden. In Baden-Württemberg konnten die KollegInnen der Unikliniken den Arbeitgebern Zugeständnisse abtrotzen – da sie tagelang den Krankenhausbetrieb bestreikten. Am ersten Streiktag legten bereits 5.000 von 25.000 Beschäftigten die Arbeit nieder (bei einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 20 Prozent und der Erfordernis, eine Notversorgung aufrecht zu erhalten, eine hervorragende Streikbeteiligung).

In der Charité stehen die Zeichen ebenfalls auf Streik – sollten die Arbeitgeber nicht doch noch von ihrer harten Linie abrücken. Neben der Vorbereitung eines Vollstreiks an allen

Standorten (bei Sicherstellung der Notversorgung) müsste jetzt darauf hin gearbeitet werden, eine mögliche Isolierung der Charité-Beschäftigten zu verhindern. Der Brückenschlag zu den Vivantes-Krankenhäusern und zur Bevölkerung ist erforderlich.

Nicht erst im Abgeordnetenhaus, sondern schon hier und jetzt muss die Berliner WASG kämpfende Belegschaften aktiv unterstützen. Darum hat sich die WASG Berlin zu Recht an der Gründung des Aktionskomitees von Charité-Beschäftigten beteiligt und organisiert Infostände mit den Solidaritäts-Unterschriftenlisten. Darum hat der Landesvorstand der WASG Berlin zu Recht Flugblätter und Plakate zur Charité-Auseinandersetzung beschlossen und wirbt nicht zuletzt über die WASG im Bund überregional für den Widerstand der Charité-KollegInnen gegen Lohnraub und Kürzungen im Rahmen der bundesweiten Gesundheitsreform (Stichwort Fallpauschalen), die ihnen in Berlin federführend vom Linkspartei.PDS-Wissenschaftssenator Thomas Flierl aufgedrückt werden sollen.

Seit 21. Februar streiken die CNH-O&K-KollegInnen gegen die drohenden Werkschließung.

Ein betriebsübergreifender stadtweiter Streik- und Protesttag könnte am Anfang einer Bewegung gegen Betriebsschließungen, Stellenstreichungen und Lohnkürzungen stehen.

Die Härte der Kampfmaßnahmen gegen Arbeitsplatzabbau muss der Härte der Unternehmerwillkür entsprechen. Konfrontiert mit Betriebsschließungen stellt sich nicht nur die Frage von Vollstreik und Betriebsbesetzung (die sich nicht auf eine Werkstorbesetzung beschränken darf) und der Forderung nach Überführung der Betriebe in Gemeineigentum.

Damit die rechte IG-Metall-Spitze im Bund mit Hilfe ihres Apparates kampfbereite Belegschaften nicht hintergehen kann, müssen auf allen Ebenen Streik- und Aktionskomitees gewählt werden. Falls es zu länger andauernden Streiks und Betriebsbesetzungen kommt, können die Beschäftigten in diesen Kämpfen eine Vorstellung von ihrer entscheidenden Rolle im Produktionsprozess bekommen (beim Münchner Infineon-Streik bekam man eine Ahnung davon, dass es ohne die ArbeiterInnen nicht geht – als leitende Angestellte während des Streiks die Produktion fortsetzen wollten, richte-



Standorten (bei Sicherstellung der Notversorgung) müsste jetzt darauf hin gearbeitet werden, eine mögliche Isolierung der Charité-Beschäftigten zu verhindern. Der Brückenschlag zu den Vivantes-Krankenhäusern und zur Bevölkerung ist erforderlich.

Eine Widerstandskonferenz mit Delegierten aller Betriebe und Bereiche, die derzeit unter Beschuss stehen, könnte eine Vernetzung ermöglichen, die nächsten Kampfschritte klären und vor allem auch eine Chance sein, die Blockadehaltung der Gewerkschaftsfüh-

ten sie einen Schaden von 200.000 Euro an).

Trotz Wahlgeschenken wie dem kostenlosen Kita-Jahr können sich 2006 in verschiedenen Bereichen Konflikte entzünden. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft. Schließlich will der Senat dieses Großereignis dazu missbrauchen, Arbeitnehmerrechte weiter zu drangsalieren. Um nichts anderes handelt es sich, wenn der Senat im Zeitraum der WM die Ladenschlusszeiten vollständig aufheben möchte und den Einkauf rund um die Uhr ermöglichen will. KDW, Kauf-

hof, Kaiser's und andere Größen des Berliner Einzelhandels reiben sich die Hände.

Der Widerstand muss politisch gestärkt werden. Kämpfe gegen Lohn- und Sozialkürzungen müssen flankiert werden mit Forderungen nach Umverteilung von oben nach unten. Erforderlich ist, aufzuzeigen, wie die Großkonzerne und die oberen Zehntausend Reichtümer angehäuft haben, die in Berlin und vor allem auf bundesweiter Ebene eingeklagt werden müssen.

In der augenblicklichen Situation

müssen Auseinandersetzungen auf Berliner Ebene verbunden werden mit der Forderung nach einer bundesweiten Demonstration gegen die Sozialkürzungen durch das Merkel-Kabinett und gegen die Unternehmeroffensive.

Das wäre auch gewaltiger Rückenwind für eine Kandidatur – von der WASG und AktivistInnen aus betrieblichen Bereichen und sozialen sowie anderen Protestbewegungen – bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 gegen die neoliberale Politik des SPD/PDS-Senates in Berlin.

# Sozialismus

## *Den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf um eine andere Gesellschaft verbinden*

**SAV-Mitglieder arbeiten aktiv am Aufbau der Berliner WASG mit, verteidigen die Beschlüsse, an prinzipieller Ablehnung von Sozialkürzungen und Privatisierungen festzuhalten und eine gemeinsame Kandidatur mit der Linkspartei.PDS ohne fundamentalen Kurswechsel der L.PDS abzulehnen, und treten außerdem für einen kämpferischen Kurs gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau ein. Darüber hinaus machen sich SAV-Mitglieder dafür stark, Angebote an AktivistInnen in Betrieben zu machen – ob bei der Charité oder bei CNH / O&K, Angebote an diejenigen, die sich in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen engagieren.**

Die SAV ist für eine WASG – offene Liste bei der Abgeordnetenhauswahl (falls die Linkspartei.PDS nicht noch eine radikale, politische Kehrtwende einschlägt, wovon leider nicht auszugehen ist) und für eine wirkliche politische Neugründung auf der Basis von Protestbewegungen und Arbeitskämpfen. Grundlage muss die konsequente Ablehnung von Sozialabbau und Koalitionen mit Sozialräubern sein und bleiben.

Erforderlich ist die Bereitschaft, die Konfrontation mit Bundesregierung und Kapital einzugehen. Darum tritt die SAV für ein sozialistisches Programm ein. Das ist für uns von zentraler Bedeutung und nicht nur ein Lippenbekenntnis. Eine sozialistische Ausrichtung würde es nämlich ermöglichen, Antworten jenseits der Profitlogik zu geben. Wie notwendig das ist, wird für uns allein dann deutlich, wenn wir – wie oben ausgeführt – nach einem Ausweg aus der Berliner Schuldenkrise suchen. Auf kapitalistischer Grundlage sind Vollbeschäftigung, Überwindung der Armut und ein Ende des Raubbaus an der Natur heute nicht möglich.

Während Kitas marode sind, in Schulen der Putz von der Decke kommt und (vor allem in West-Berlin, wo kaum ein Straßenbahnnetz existiert) der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden müsste, ist in Berlin jeder zweite Bauarbeiter erwerbslos. Das kapitalistische System, in dem es einzig und allein um Profitinteressen geht, ist unfähig, den Bedürfnissen von Mensch und Natur gerecht zu werden. An die Stelle von Privateigentum und

Konkurrenz müssen Gemeineigentum und demokratische Planung treten. In allen Konflikten ist es nötig, den Irrsinn des Kapitalismus aufzuzeigen und Offenheit und Unterstützung für eine sozialistische Alternative zu fördern.

In der DDR und in den anderen Ostblock-Staaten gab es keinen Tag Sozialismus. Dort waren zwar Staatseigentum, Planwirtschaft und staatliches Außenhandelsmonopol Grundlagen der Ökonomie. Aber der Wirtschaftsplan wurde nicht demokratisch aufgestellt. Im „Arbeiter- und Bauernstaat“ hatten die „Werkstätigen“ nichts zu melden. Staatsbetriebe wurden nicht demokratisch kontrolliert und verwaltet.

Sozialismus braucht Demokratie wie der menschliche Organismus die Luft zum Atmen. Gescheitert ist in den stalinistischen Staaten nicht der Sozialismus. Gescheitert sind bürokratische Diktaturen von privilegierten Parteiapparaten.

Eine wirkliche sozialistische Gesellschaft in der Bundesrepublik und international muss erst noch erkämpft werden.

# Anhang I: Warum ist Berlin pleite?

## Zum Hintergrund der Misere

Mit der kapitalistischen Wirtschaft geht es bergab. Seit dem Ende des Nachkriegsaufschwungs Mitte der siebziger Jahre weisen alle wichtigen Indikatoren für die ökonomische Entwicklung nach unten. Trotz Konjunkturaufschwüngen und Sonderentwicklungen (vor allem China) haben sich über längere Zeiträume betrachtet Wirtschaftswachstum, Produktivitätssteigerungen, öffentliche und private Finanzlage sowie das Beschäftigungsniveau dramatisch verschlechtert.

Um Profitraten wiederherzustellen, forcierten die Kapitalisten Sozialkürzungen, Privatisierungen und Arbeitsplatzabbau. In den neunziger Jahren wurde der Verkauf öffentlichen Eigentums noch verschärft. In Berlin wurde seit 1991 „Tafelsilber“, in Höhe von 16 Milliarden Euro verscherbelt. Unter der Großen Koalition wurde vor allem die Bewag, die Gasag, die Berliner Wasserbetriebe und Wohnungsbaugesellschaften verkauft. Unter SPD und PDS gingen seit 2001/2002 Kitas für 100 Millionen Euro an freie Träger, wurden unter anderem 60.000 GSW-Wohnungen privatisiert und neben Teilprivatisierungen im Gesundheitswesen die Weichen für den Verkauf von BVG und Krankenhäusern nach der Abgeordnetenhauswahl 2006 gestellt.

Im Zuge der Massenarbeitslosigkeit explodierten die Ausgaben der Städte und Stadtstaaten, während die Ein-

nahmen versickerten. Im öffentlichen Dienst Berlins ging die Zahl der Arbeitsplätze seit 1995 von 290.000 auf 210.000 zurück. Die Industriearbeitsplätze schrumpften von 236.000 im Jahr 1991 auf 97.000 im Jahr 2005.

Durch bewusste Entscheidungen des Bundes wurden in den letzten 15 Jahren die Kommunalfinanzen massiv ausgedünnt.

In Berlin trugen Sonderfaktoren zur im bundesweiten Vergleich extrem alarmierenden Lage bei. Die industrielle Basis ist äußerst schwach: In Westberlin setzte der Prozess der Deindustrialisierung bereits nach dem II. Weltkrieg ein, in Ostberlin wurden die

meisten Produktionsstätten nach der kapitalistischen Restauration plattgemacht. Dazu kommt der Wegfall der Berlin-Förderung. Innerhalb von vier Jahren sank die Berlin-Hilfe von 17,2 Milliarden Mark 1991 auf 6,8 Milliarden Mark im Jahr 1995, während die Belastungen dank „hauptstadtbedingter Kosten“ zunahmen.

Das reale Sozialprodukt reduzierte sich zwischen 1995 und 2004 um neun Prozent. Während sich die Arbeitslosenquote bundesweit in den letzten zehn Jahren auf circa zehn Prozent einpendelte, stieg sie in Berlin von zwölf Prozent 1995 auf 18 Prozent 2005 und damit um ein Drittel an.



# Anhang II: Berliner Bankenskandal

## Staatlich garantierte Abzocke

Am 9. April 2002 beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus eine Bürgerschaft von bis zu 21,66 Milliarden Euro für die überwiegend landeseigene Bankgesellschaft. Damit sicherte Berlin der Bankgesellschaft Immobilienrisiken bis in das Jahr 2032 ab (laut Beratungsfirma Consart hat die Bankgesellschaft rund 14 Milliarden Euro „schwergängige bis uneinbringbare“ Immobilienkredite vergeben). Zudem schoss der Senat 1,75 Milliarden Euro

Kapital zu. Nach Angaben von Finanzsenator Thilo Sarrazin wird in den nächsten Jahren im Berliner Haushalt schätzungsweise ein Posten von 300 Millionen Euro nötig sein.

Die privaten Shareholder der Bankgesellschaft, die 2002 19 Prozent des Grundkapitals hielten, wurden aus der Verantwortung entlassen. Der Berliner Bevölkerung werden die Risiken aus Immobiliengeschäften von Fondszeichnern, Baufirmen, etablierten Politikern

und anderen aufgebürdet. Eine beispiellose Sozialisierung privater Verluste.

1994 waren die einzelnen im Landesbesitz befindlichen Banken unter dem Dach der Bankgesellschaft Berlin AG zusammengefasst worden. Der damalige CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky sicherte sich seinerzeit einen Direktorenposten und die Kontrolle über das Immobiliengeschäft der gesamten Holding. Immobilien wurden in der Hoffnung auf den Boom einer zweiten

„Gründerzeit“ in großem Umfang maßlos überbeuert eingekauft. Als die Immobilienblase platzte, waren viele Grundstücke nicht mal die Hälfte wert. Landowsky und Co. traten die Flucht nach vorn an und legten immer neue und größere Fonds auf.

Nicht selten wurden die Immobilien CDU-Unternehmern zugeschanzt. Ins Rollen kam der Bankenskandal 2001, als eine Parteispende von Aubis-Managern in Höhe von 40.000 Mark aufflog, die mit CDU-Parteibüchern ausgestattet über die Fonds ihre Bilanzen schönten und Kredite von 600 Millionen Mark erhielten, ohne irgendwelche Sicherheiten erbringen zu müssen.

Seit 2004 werden schwarze Zahlen geschrieben. 2006 soll die Berliner Bank, 2007 die ganze Banken-Holding verkauft werden. Eine Kernforderung der WASG bei den Debatten mit der Linkspartei.PDS ist zu Recht die Rücknahme des Risikoabschirmungsgesetzes für die Bankgesellschaft. Die ver.di-Führung stärkte dem Senat 2002 den Rücken mit dem Verweis auf die Rettung der Arbeitsplätze. Aber in den letzten Jahren fand – trotz der „Risikoabsicherung“ – eine Sanierung auf Kosten der Beleg-

schaft statt: „Die Zahl der Mitarbeiter wurde seit 2000 fast halbiert“ (Tagesspiegel vom 31. Oktober).

Arbeitsplatzvernichtung und Privatisierung müssen gestoppt werden. Die Sparkasse und die anderen Banken der Bankgesellschaft müssen in öffentlicher Hand bleiben.

Fondszeichner, Immobilienhaie, Privatbanken, Manager, Vorstandsmitglieder von Bankgesellschaft und Tochterunternehmen sowie in den Bankenskandal involvierte Spitzenpolitiker müssen in die Pflicht genommen, ihre Vermögen müssen herangezogen werden.

Während die Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze bangen, versüßen sich Landowsky, Ex-Chef der Berliner Hyp, und seine Mitvorstände ihren vorzeitigen Ruhestand mit astronomisch hohen Übergangs- und Rentengeldern (seinerzeit wurden 700.000 Mark beziehungsweise 350.000 Mark vereinbart). Die Zahlung von Übergangs- und Pensionsgeldern für Vorstandsmitglieder muss beendet werden. Eine öffentlich tagende Untersuchungskommission von VertreterInnen der Beschäftigten, der KleinkundInnen, der

Gewerkschaften und der Berliner Bevölkerung muss eingerichtet werden, um den Korruptionssumpf trocken zu legen und über die Zukunft der Bankgesellschaft zu entscheiden.

Die privaten Shareholder, die 19 Prozent am Grundkapital halten, müssen nachträglich an den Kosten beteiligt werden. Da das Land Berlin bislang 5,4 Milliarden Euro aufbrachte, könnte mindestens eine Milliarde Euro reingeholt werden.

Die Kosten für die Abfindungen der Anleger der Immobilienfonds sollen sieben bis acht Milliarden Euro betragen. Diese Abfindungsgelder müssen gestoppt werden. Die 70.000 Anleger in Immobilienfonds der Bankgesellschaft erhalten eine Rendite bis zu sieben Prozent, eine Steuerersparnis bis zu 240 Prozent und bekommen das eingesetzte Kapital zum Nominalwert nach 30 Jahren zurückerstattet. Die Bedingungen sind so ausnehmend gut, dass die Anleger das eingesetzte Kapital schon innerhalb weniger Jahre zurück erhalten. Den Anlegern darf bei einer Kündigung des Risikoabschirmungsgesetzes keine Entschädigung zustehen, da sie ihr Kapital bereits zurückerhalten haben.

## Anhang III: Privatisierungspolitik

### ... und die Alternativen

**Privatisierungen sind Diebstahl an öffentlichem Eigentum. Privatisierungen sind stets eine gute Sache für Unternehmer, neue Profitquellen zu eröffnen. Privatisierungen sind immer eine schlechte Sache für ArbeitnehmerInnen – ganz gleich, ob als Beschäftigte oder als NutzerInnen. Der Ausverkauf der öffentlichen Daseinsfürsorge bringt Stellenstreichungen, Lohnkostensenkungen und Einschränkungen beim Angebot mit sich – schließlich muss im Fall einer Privatisierung nicht nur die Versorgung sichergestellt werden (zumindest gilt dieser Anspruch), sondern auch ein Profit erwirtschaftet werden. Abzulehnen ist jede Form der Privatisierung, ob Teilprivatisierung, Public Private Partnerships oder ähnliche Modelle.**

Neben der im Text behandelten Frage der Wasserpolitik lässt sich exemplarisch für die verschiedenen (teil)privatisierten Bereiche Berlins am Beispiel der Gasversorgung eine Alternative

zur neoliberalen Politik aufzeigen.

1998 wurden die letzten kommunalen Anteile der Gasag an das Konsortium aus Bewag und Gaz de France veräußert (schon 1992 kauften RWE und Ruhrgas jeweils 11,95 Prozent). Einer der großen Anteilseigner ist heute Deutschlands größter Energiekonzern E.ON. Gewinne aus Firmenverkäufen und Gaspreiserhöhungen haben den Überschuss von E.ON in den ersten neun Monaten 2005 auf 6,4 Milliarden Euro hochschnellen lassen (dpa-Meldung vom 10. November).

Seit 1999 zogen die Gasag-Preise um 50 Prozent an. Inzwischen wird ein jährlicher Gewinn von 60 Millionen Euro erzielt. Seit der Umwandlung der Gasag in eine Aktiengesellschaft 1992 schrumpfte die Zahl der Arbeitsplätze von 4.000 auf 1.040 Beschäftigte.

Was könnte, was müsste eine linke Partei anders machen als die „Partei des Demokratischen Sozialismus“? Als allererstes sollte sie die Wahrheit

sagen. Konfrontiert mit dem Unmut über die jüngste Preiserhöhung von 11,8 Prozent zum 1. Oktober 2005 behauptete Wirtschaftssenator Harald Wolf von der Linkspartei.PDS, dass die Gaspreise in Berlin trotzdem überdurchschnittlich günstig wären. Das Gegenteil ist der Fall: Die Preise bewegen sich im bundesweiten Vergleich im oberen Viertel. Dieser Preiswucher sollte zum Anlass genommen werden, Preiskontrollen einzufordern. Für Harald Wolf nicht vorstellbar. Als die Frage nach einem kartellrechtlichen Verfahren (auf das natürlich kein Verlass wäre) aufkam, erklärte der Wirtschaftssenator, dass ein solcher Schritt nur dazu führen würde, private Unternehmen aufzuscheuchen und abzuschrecken.

Wenn die PDS ihrem Namen gerecht werden wollte, dann hätte sie mit Hilfe ihrer 10.000 Mitglieder in Berlin eine stadtweite Aufklärungskampagne gegen die Folgen der Gasag-Privatisierung starten und die Betroffenen mobilisieren



müssen. In diesem Fall hätte sich unmittelbar an den bestehenden Unmut anknüpfen lassen, der schon dazu führte, dass 20.000 Haushalte Widerspruch einlegten (im Bundesgebiet boykottieren über 100.000 Haushalte die letzten Preiserhöhungen, verschiedentlich organisieren Verbraucherschutzzentralen Sammelklagen). Die Linkspartei.PDS hätte ihren Apparat und ihre (Wähler- und Mitglieder-) Basis nutzen können, um vom Karl-Liebknecht-Haus aus einen Massenboykott zu initiieren. In allen Stadtvierteln, Bezirken und stadtweit hätten Versammlungen organisiert und Boykottkomitees gegründet werden können. Der Kampf für die Rücknahme der jüngsten Preiserhöhungen hätte ver-

bunden lassen mit einem Kampf für die Rekommunalisierung der Gasag in öffentliches Eigentum – bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.

Unmut regte sich jüngst auch beim Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft GSW durch Linkspartei.PDS und SPD – Unmut, der ebenfalls Ansätze für Gegenwehr bieten würde (Gründung von Mieterinitiativen, Organisation eines kollektiven Boykotts der jüngsten Mietpreiserhöhungen etc.).

Beim Verkauf der GSW im Juli 2004 an Cerberus hatte die Gesellschaft noch 65.700 Wohnungen. Jetzt sind es nur noch 62.600 Wohnungen. Erst

wurden 1.500 Wohnungen am Grazer Damm veräußert, dann wurde die Firmenzentrale an der Kochstraße verkauft. Zum Zweck der Renditeerhöhung wird gezielt Eigenkapital entzogen.

Die ersten Mietpreisanstiege wurden schon bekannt: in der Obstallee-Siedlung in Spandau um 50 Cent pro Quadratmeter, in der „Grünen Stadt“ an der Greifswalder Straße im Prenzlauer Berg um 2,60 Euro je Quadratmeter. Diese Mietpreisverdoppelung für viele der MieterInnen in der „Grünen Stadt“ nimmt ihnen die Freude an der neuen Heizung und an moderner Elektronik.

## Was will die SAV?

### *Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus*

Die Menschheit ist täglich mit Krisen, Kriegen und Katastrophen konfrontiert. Die Widersprüche der Weltwirtschaft reißen Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut. Der weltweite Machtkampf um Märkte, Rohstoffe und Einflussphären bedeutet für den Großteil der Weltbevölkerung Unterdrückung, Ausbeutung, Kriege und einen neuen Rüstungswettlauf. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort.

Die Reichen werden reicher – weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Menschheit jährlich an Einkommen hat. Gleichzeitig soll die

Masse der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und der Jugend für die Krise des Kapitalismus die Zeche zahlen: Privatisierungen, Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Lohnverlust.

Die Misere hat System und das System heißt Kapitalismus: die Diktatur der Märkte und Konzerne. Es zählt der Profit für eine

kleine Minderheit von Großaktionären und Kapitaleignern. Bürgerliche Parteien, Parlamente und Institutionen dienen deren Interessen und sind vielfältig mit ihnen verknüpft. Es ist höchste Zeit, dieser Diktatur

Widerstand entgegen zu setzen!

---

#### **Widerstand**

---

In Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie Protesten gegen die kapitalistische Globalisierung wird dieser Widerstand aufgenommen. Die SAV ist Teil dieser Bewegungen und baut sie mit auf. Wir treten für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein, denn die Gewerkschaftsführung betreibt Co-Management statt konsequenter Interessenvertretung. SAV-Mitglieder sind aktive GewerkschafterInnen und beteiligen sich am

Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

### WASG/Linkspartei

Rot-Grün hat die Politik der Kohl-Regierung nicht nur fortgesetzt, sondern verstärkt: Weltweite Bundeswehrensätze und Kriegsbeteiligungen, Demontage der sozialen Sicherungssysteme, Hartz-Gesetze und Agenda 2010.

Seit Mitte der neunziger Jahre tritt die SAV für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei ein. Nötig ist eine Partei, die unter ArbeiterInnen und Jugendlichen eine Massenbasis hat, Alternativen zu den kapitalistischen „Sachzwängen“ entwickelt und Gegenwehr aktiv unterstützt und initiiert.

Der beste Ansatzpunkt dafür ist heute die neue Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Sie ist der dynamische Teil des Linksbündnisses. Im Gegensatz zur Linkspartei.PDS ist sie an keiner Regierung beteiligt, die Lohn- und Sozialraub betreibt, und lehnt Sozialkürzungen generell ab.

SAV-Mitglieder arbeiten seit Gründung der WASG in der neuen Partei mit. Es kommt jetzt darauf an, die WASG weiter aufzubauen, für innerparteiliche Demokratie und für einen kämpferischen Kurs gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau einzutreten. Außerdem müssen Angebote an AktivistInnen in

Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gemacht werden und die ArbeiterInnen und Jugendlichen erreicht werden, die sich gerade politisieren.

Wir sind für eine wirkliche Neugründung auf der Basis von Protestbewegungen und Arbeitskämpfen. Grundlage muss die konsequente Ablehnung von Sozialkürzungen und Regierungsbeteiligungen mit Sozialräubern sein. Erforderlich ist die Bereitschaft, dafür die Konfrontation mit den Herrschenden einzugehen. Darum tritt die SAV für ein sozialistisches Programm ein. Eine sozialistische Ausrichtung würde es ermöglichen, Antworten jenseits der Profitlogik zu geben.

### Sozialismus

Wir kämpfen hier und heute gegen jede Verschlechterung und für jede mögliche Verbesserung. Dieser tägliche Kampf muss aber verbunden werden mit dem Kampf für eine grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Eine andere Gesellschaft müsste mit Profitproduktion und Marktkonkurrenz Schluss machen, wenn sie die drängenden Probleme der Menschheit lösen will. Dazu müssten Wissenschaft und Technik planmäßig und den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das ist nur möglich, wenn die Wirtschaft von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird. Kontrollieren kann man

nur, was einem auch gehört. Deshalb tritt die SAV für die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung ein. Ein demokratisch aufgestellter Wirtschaftsplan könnte die enormen Ressourcen und das große wissenschaftliche Potenzial im Interesse der gesamten Menschheit nutzen.

Sozialismus braucht Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff. In der DDR und den anderen stalinistischen Staaten ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen der privilegierten Parteiapparate.

### SAV und CWI

Dem globalen Kapitalismus stellen wir den globalen Widerstand entgegen. Wir sind Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI), das Mitgliedsorganisationen in über 35 Ländern der Erde vereinigt.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Masseninternationale. Eine solche Internationale aufzubauen, ist das Ziel der SAV und des CWI. Wir sind demokratisch aufgebaut. Keine gewählte Vertreterin, kein gewählter Vertreter (Vorstandsmitglied, AbgeordneteR) darf mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeiterlohn. Es gilt das Prinzip von Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit.

